Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 218. Donnerstag, den 17. September 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Aus bewegter Zeit.

Gerade vor dreißig Jahren, am 9. September 1878, trat der Reichstag zu einer außerordentlichen Session zusammen, um über das ihm vorgelegte Sozialistengesetz zu beraten. Daß dieses drakonische Ausnahmegesetz angenommen werden würde, stand schon von vornherein fest, denn die Entscheidung hing von der „Fraktion Drehscheibe“, von den Nationalliberalen, ab, und niemand zweifelte daran, daß diese ihrem „Herkules des Jahrhunderts“, wie sie Bismarck nannten, durch dick und dünn folgen würden.

Zwar war ihnen bei der Sache nicht ganz wohl, wie aus einem Briefe hervorgeht, den Herr v. Bennigsen am 15. September 1878 aus Berlin an seine Frau geschrieben hat. Er meinte, man wisse noch garnicht, was Bismarck eigentlich wolle, ob er nur ein Sozialistengesetz zustande bringen oder die Nationalliberalen „an die Wand drücken“ wolle. Und dann fügte er hinzu: „Als er (Bismarck) in Friedrichsruh die Nachricht von dem Nobilingschen Attentat erhielt, soll er in Gegenwart eines zum Besuch anwesenden höheren Beamten ausgerufen haben: „Jetzt habe ich die Kerle“ und zur Erläuterung für den etwas verwundert dreinschauenden Beamten hinzugefügt haben: „Ich meine die Nationalliberalen!“

Später sollte den Nationalliberalen verständlich werden, was Bismarck gemeint hatte. Indem sie dem Mann, der sie „an die Wand drücken“ wollte, das Sozialistengesetz bewilligten, gingen sie in eine Falle, denn mit dem Sozialistengesetz sprengte Bismarck die nationalliberale Partei, um Raum für seine agrarisch-junkerliche Politik zu gewinnen und seiner verkrachenden Kaste auf Kosten der Volksmasse „Liebesgaben“ und andere Vorteile zuzuwenden.

Die politische Heuchelei feierte bei den Nationalliberalen wahre Orgien. Der Allerweltsschwätzer Lasker nannte das Sozialistengesetz eine „politische Monstrosität“ und erklärte es für „unannehmbar“. Da begann die „Norddeutsche Allgemeine“ mit einer abermaligen Auflösung des Reichstages zu drohen und fragte an, ob sich denn die deutsche Nation bei Herrn Lasker für einen zweiten Wahlkampf bedanken solle. Sofort knickten die nationalliberalen „Mannesseelen“, Lasker, Rickert, Bamberger und wie sie alle hießen, schmählich zusammen. Zugleich wurden sie noch von der Furcht vor dem Bismarckschen „Staatssozialismus“ gepackt, der ihnen als echten Manchestermännern genau so verhaßt war, wie der demokratische Sozialismus. Bismark hatte nämlich betont, mit den Repressivmaßregeln allein sei es nicht getan; es müßten auch positive Maßregeln für das Wohl der Arbeiter in Angriff genommen werden, um sie mit dem Staate wieder zu versöhnen. Die „Sozialreform“ war Bismarcks letzter Versuch, sich die moderne Arbeiterbewegung dienstbar zu machen. Dieser Versuch scheiterte ebenso wie die früheren an der prinzipienfesten Haltung der klassenbewußten Arbeiter.

Lasker und Genossen beantragten alsdann einige „Verbesserungen“ des Gesetzes, von denen verschiedene durchgingen; die wichtigsten waren die Beschränkung der Dauer des Gesetzes auf $2^1/_2$ Jahre und die Bestimmung, daß den „berufsmäßigen Agitatoren“ oder den auf Grund des Gesetzes bestraften Personen nicht durch eine Polizeiorder, sondern nur durch gerichtliches Urteil der Aufenthalt beschränkt oder der Gewerbebetrieb untersagt werden dürfe. Auch sollte sich die Aufenthaltsbeschränkung nicht auf den Wohnort des Verurteilten beziehen, falls er dort schon 6 Monate gewesen. Die anderen „Verbesserungen“ waren ganz unerheblich. Dann aber nahmen die liberalen Helden die Bestimmungen über den „kleinen Belagerungszustand“ an, unter dem die Polizei alle Personen ausweisen konnte, von denen „eine Gefährdung“ der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zu besorgen war.

Die Mehrheitsparteien besaßen zu wenig Gerechtigkeitsgefühl, um einen Vertreter der Sozialdemokratie zu der Kommission zuzulassen, an die das Gesetz verwiesen wurde. Dagegen wurden sie bei den Debatten im Plenum übel zugerichtet. Bismarck bekam sehr unangenehme Enthüllungen über seinen persönlichen Verkehr mit dem „Umstürzler“ Lassalle zu hören; der Versuch, sich mit „staatsmännischer“ Dreistigkeit herauszureden, gelang ihm nicht. Man erfuhr zum ersten Male in den weitesten Kreisen von dem demagogischen Spiel, das Bismarck getrieben, um die Arbeiterklasse an seine Politik zu fesseln. Zur Erhöhung seines Ansehens, namentlich im Auslande, trug das sicherlich nicht bei. Die Eiertänzereien der Lasker und Bamberger machten einen um so kläglicheren Eindruck, als diesen Vertretern der liberalen Bourgeoisie an naheliegenden Beispielen nachgewiesen wurde, daß ihre Klasse vor und während ihrer Revolutionsperiode in revolutionären Kraftausdrücken geschwelgt habe, denen gegenüber die Sprache der sozialdemokratischen Presse sehr gemäßigt erscheine. Die sozialdemokratischen Abgeordneten kündigten an, ihre Partei würde der Gewaltspolitik Bismarcks unbeugsamen Widerstand leisten, und sie sagten die Wirkungslosigkeit des Gesetzes vorher. Und unser tapferer Braunschweiger Genosse Bracke fand das richtige Wort, indem er den Strangziehern der Reaktion entgegenrief: „Wir pfeifen auf das Gesetz!“*)

Die Verhandlungen dauerten bis zum 19. Oktober 1878. An diesem Tage beging die nationalliberale Partei den von Bismarck ihr zugemuteten politischen Selbstmord. Mit 229 gegen 149 Stimmen ward das Sozialistengesetz angenommen, das die zahlreichste Klasse der Bevölkerung entrechten sollte.

Es kam anders, als man in den „höheren Regionen“ gerechnet hatte. Die Urheber dieses verhängnisvollen Gesetzes hatten schwer zu büßen. Die nationalliberale Partei verlor ihre Machtstellung und ihren politischen Kredit; Bismarck stolperte schließlich über sein eigenes Werk und fiel. Die verfehmte Sozialdemokratie aber begann noch unter dem Ausnahmegesetz jenen Siegeslauf, der sie zur größten politischen Partei Deutschlands gemacht hat.

*) Mehring erzählt in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“: „Das Kern- und Treffwort fuhr den Patrioten so in die Glieder, daß sie im ersten Augenblick meinten, es sei in der Form so unhöflich gewesen, wie im Inhalt: der Präsident v. Forckenbeck schickte einen Schriftführer auf die Journalistentribüne, der den Berichterstattern der Zeitungen einprägen mußte, Bracke habe nur auf das Gesetz „pfeifen“ — und nicht noch etwas ganz anderes wollen.“ — Übrigens kündigte bald nachher eine thüringische Fabrik „Zigarrenspitzen mit Reichstagspfeifer“ an. Wie der Pfeifer dargestellt war, haben wir nicht in Erfahrung bringen können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Deutschland als Scharfmacher.

Eine geradezu ungeheuerliche Meldung bringt die „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel. Die Angestellten der anatolischen Eisenbahnen, die geradezu hundemäßig elend bezahlt wurden, waren in den Generalstreik getreten, wodurch fast der gesamte Bahnverkehr stillgelegt wurde. Die Ausständigen haben offenbar eingesehen, daß dies eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens mit sich bringen muß, weshalb sie kurzerhand die Direktion absetzten und den Betrieb in eigener Regie weiterführten. Direktor der anatolischen Eisenbahnen ist der ehemalige Beamte in der deutschen Kolonialabteilung, Geheimer Legationsrat Dr. Helfferich, es ist auch meist deutsches Kapital, das in diesen Bahnen angelegt ist. Der wegen seiner halsstarrigen Haltung abgesetzte Direktor wandte sich mit der Bitte um Beistand an die deutsche Botschaft in Konstantinopel und der Botschafter Freiherr Marschall von Bieberstein hat die Pforte sofort ganz energisch aufgefordert, dieser „Rebellion“ mit allen Mitteln entgegenzutreten. Unter den Angestellten der anatolischen Eisenbahnen sind auch deutsche Staatsangehörige, die natürlich mit in den Streik eingetreten sind und es wäre nun der Schande Gipfelpunkt, wenn die türkische Regierung gegen diese Arbeiter und Angestellten etwa Gewalt anwenden müßte, weil der deutsche Botschafter es als seine vornehmste Pflicht ansieht, das deutsche Kapital und einen deutschen Direktor in Schutz zu nehmen. Wenn die Deutschen im Orient, der vermutlich rasch wirtschaftlich aufblühen wird, immer verhaßter werden, dann dankt man das der mehr als sonderbaren Haltung der diplomatischen Vertretung Deutschlands am Goldenen Horn.

Ein nationalliberaler „Staatsmann“.

Zu den jüngeren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, deren Wichtigtuerei in einem schreienden Gegensatz zu ihrer Bedeutung steht, gehört in erster Linie der in Sachsen gewählte Abgeordnete Dr. Stresemann. Als Syndikus eines sächsischen Unternehmerverbandes versucht er überall „nationale Arbeitervereine“, eine Abart der gelben Gewerkschaften, zu gründen; in dem Streit innerhalb des Flottenvereins spielte er eine geradezu klägliche Rolle, die sächsischen Industriellen — seine Brotgeber — haben das Bedürfnis, billige Kohlen zu bekommen; deshalb überwarf er sich schleunigst mit den nationalliberalen Grubenbaronen Westfalens. Dieser vielseitige Mann durfte natürlich auch auf dem Parteitag der hessischen Nationalliberalen nicht fehlen. Dort verlangte er, daß auch Bürgerlichen die höhere diplomatische Laufbahn eröffnet werde. Als den ersten Bürgerlichen müßte die Regierung selbstverständlich den großen „Staatsmann“ Dr. Stresemann in den diplomatischen Dienst übernehmen. Seine seitherige Tätigkeit bietet Gewähr dafür, daß er auch in einer solchen Stellung etwa so ähnlich hausen würde, als wie der Elefant, der unversehens in einen Porzellanladen geraten ist. So ist der Nachwuchs beschaffen, auf dem die Zukunft der Nationalliberalen beruht.

Eine tolle Idee.

Die geringe Wahlbeteiligung bei der Nachwahl in Wolfenbüttel ist den „nationalen“ Parteien in die Glieder gefahren, sie haben Angst bekommen vor der Masse der Nichtwähler. Mit der Frage der Heranziehung der Nichtwähler befaßt sich der Oberlandesgerichtsrat Bozi in Hamm in der Zeitschrift: „Das Recht“. Der Mann empfiehlt, die Verwaltungsbehörden sollen bei den Wahlen einen Kandidaten nominieren, dem die Stimmen aller jener Wähler zuzuzählen sind, die sich an der Wahl nicht beteiligt haben. Wenn der Urheber dieser tollen Idee davon eine stärkere Wahlbeteiligung erwartet, so dürfte das Umgekehrte eintreten. Die Regierung läßt einfach einen ihr genehmen Kandidaten für die Nichtwähler aufstellen und die Organe der Regierung verkündeten dann, dies sei der Regierungskandidat, wer dann zur Wahl geht, der stimmt gegen die Regierung damit und hat die Folgen zu tragen. Das wäre der einfachste Weg, die geheime Abstimmung zu umgehen.

Finanzreform und oberste Kommandogewalt.

Die „Kölnische Volkszeitung“ betont zu dieser Frage: „Es muß im gegenwärtigen ernsten Augenblicke offen ausgesprochen werden, daß auch die unerwünschte Gestaltung der Reichsfinanzen zum guten Teil auf das direkte Eingreifen der obersten Kommandogewalt im Reiche zurückzuführen ist. Bei seinem idealen, hochgemuten Streben auf den verschiedensten Gebieten des Staatslebens trägt Kaiser Wilhelm II. der harten Realität der Dinge nicht immer ausreichend Rechnung. Wenn es für ihn gilt, ein ihm vorschwebendes Ziel zu erreichen, gibt es für ihn keine Schwierigkeiten materieller Art, die sich aber trotzdem an anderer Stelle bald in sehr fühlbarer Weise geltend machen. Kein Zweifel, daß die immer gesteigerten Anforderungen für Heeres- und Marinezwecke vor allen aus der eigensten Initiative des Kaisers hervorgegangen sind. An den verantwortlichen Stellen war anscheinend nicht jederzeit der Wille oder die Kraft vorhanden, auf die finanziellen Konsequenzen mit ausreichendem Nachdruck hinzuweisen.“ Das ist ja sehr schön und sehr gut, nur hätte dem Zentrum diese Erkenntnis schon zu einer Zeit kommen müssen, zu der das Zentrum noch Regierungspartei war. Daß der Block diese „oberste Kommandogewalt“ einschränkt, ist leider nicht zu erwarten. Vielleicht wäre es gut, wenn Privatvermögen und Einkommen der Fürsten recht kräftig zur Steuer herangezogen würden!

Fürst Eulenburg.

Die Verwaltung der Charitee hat dem Justizministerium mitgeteilt, daß sie den Fürsten nicht über den ersten Oktober hinaus behalten könne, weil die Räume anderweit gebraucht werden. Fürst Eulenburg dürfte nun in ein privates Sanatorium überführt und dort unter polizeiliche Überwachung gestellt worden.

Stichwahltermin in Wolfenbüttel.

Die Stichwahl zwischen unserem Parteigenossen Ricke und dem Agrarier Kleye ist auf Dienstag den 22. September festgesetzt.

Gehaltsaufbesserungen in der Armee.

Neben der Erhöhung der Soldatenlöhnung — als Folge eines sozialdemokratischen Antrages — sollen auch die Offiziersgehälter im kommenden Etat wesentlich erhöht werden. Die Aufbesserung geht bis zum Hauptmann. Die Leutnants beginnen mit 1500 Mk. pro Jahr, steigend um 300 Mk. alle vier Jahre bis zum Höchstgehalt von 2100 Mk., das nach acht Dienstjahren erreicht würde. Das Gehalt der Hauptleute beginnt mit 4000 Mk., steigend alle vier Jahre um 600 Mk. bis zum Höchstsatze von 5200 Mk.

Wieder eine Gefälligkeit an die Agrarier.

Der preußische Handelsminister hat einen Erlaß hinausgegeben, der strengstes Eingreifen der Polizei gegen herumziehende Stellenvermittler anordnet, weil sie die Landarbeiter in nicht erlaubter Weise zum Stellenwechsel veranlassen und damit den ostelbischen Junkern Arbeitskräfte entziehen.

Unter dem neuen Vereinsgesetz.

Wie schwer es manchen Polizeibehörden noch immer wird, sich mit den Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes abzufinden, die eine Verbesserung gegen das alte preußische Vereinsgesetz darstellen, dafür hat nun auch die Polizeiverwaltung von Brackel einen Beitrag geliefert.

Der Vertrauensmann der dortigen Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes erhielt ein Strafmandat, weil er eine ihm einberufene Bergarbeiterversammlung nicht polizeilich angemeldet hatte.

Der Reichsverbandsgeneral gerüffelt.

Generalleutnant a. D. von Liebert, der Wahlmacher des Fürsten Bülow, hat sich bei einem Sedankommers in Potsdam herausgenommen, zu behaupten, der Sieg von Sedan bedeute auch einen Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus. In der Presse des Zentrums ist darob scharfer Protest erhoben worden, die „Germania" forderte jeden Katholiken, der noch Schamgefühl hat, auf, dem Reichslügenverband den Rücken zu kehren. Nun bringt die „Kölnische Zeitung" anscheinend offiziös, folgenden Rüffel für den Reichsverbändler: „Wenn diese Worte wirklich gefallen sind, so würden wir sie lebhaft bedauern; denn die Schlacht von Sedan war kein Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus, sondern ein Sieg deutscher — katholischer und protestantischer — Soldaten über das französische Heer. Das Kaisertum aber, das aus diesem Siege entstanden ist, ist kein protestantisches, sondern ein deutsches. Unser Bedauern wird leider von den Blättern des Zentrums nicht geteilt. Ihnen ist ein großes Glück widerfahren, da sie aus den Äußerungen des Generals v. Liebert eine Bestätigung für ihre Behauptung entnehmen können, daß der Protestantismus den Katholizismus in Deutschland zurückzudrängen und zu unterdrücken trachtet. Die „Köln. Volkszeitung" und die „Germania" müßten sich dabei allerdings daran erinnern, daß General v. Liebert nicht zum ersten Male rednerisch entgleist ist." Das ist ein klatschender Hieb, der kräftig sitzt, aber nichts an der Tatsache ändern kann, daß, wie der Geschäftsführer des Reichsverbandes selbst geschrieben hat, dieser Verband den Kampf gegen das Zentrum aufnehmen wird, sobald er mit der Sozialdemokratie fertig ist.

Lügen über die Sozialdemokratie.

Aus dem Wahlkreis Memel-Heydekrug berichtet die freisinnige Presse, in Schmelz bei Memel sei es in einer liberalen Wählerversammlung, veranlaßt durch die Sozialdemokraten, zu stürmischen Auftritten gekommen, obwohl der Vorsitzende Redefreiheit zugesichert habe. Die Polizei hätte mit blanker Waffe eingreifen müssen und der Fusel, offenbar schon vor Beginn der Versammlung den in Aussicht genommenen Opfern gespendet, hätte seine Wirkung nicht verfehlt. Der Parteibeamte Mertins wäre verschwunden, als die Polizei mit den unschuldigen Arbeitern ins Handgemenge gekommen sei. Es sind das ganz niedrige Verleumdungen, die von dem Blatt des Herrn Schwabach, dem „Memeler Dampfboot" verbreitet werden. Tatsache ist folgendes: Die ungemein ordinäre Kampfesweise des „Memeler Dampfboot" und die unsagbar niedrige Agitationsweise des Herrn Schwabach, der sich seiner Gegner dadurch erwehren will, daß er zum Dreinhauen auffordert, hatten es bewirkt, daß die Arbeiter den Entschluß faßten, mit Schwabach einmal abzurechnen. Sie gingen deshalb in die liberale Versammlung in Schmelz, erhielten aber nicht das Wort zur Diskussion. Dafür wurde von den Liberalen die Polizei geholt, die den Saal räumen sollte. Mit blanker Klinge und mit dem Revolver ging man auch tatsächlich gegen die Versammlungsbesucher vor und entfernte sie mit Gewalt aus dem Saale. Zu größeren Störungen kam es nicht, dank der Nüchternheit der Genossen und dank den Bemühungen des Genossen Mertins, der durchaus nicht ausgerückt war, sondern alles aufbot, um einen Exzeß zu verhindern. Das ist die Wahrheit über die Vorgänge in Schmelz. Der Stern des Herrn Schwabach ist übrigens im schnellen Sinken begriffen. Während es ihm im vorigen Jahr mit Geld, Schnaps und Bier gelang, zahlreiche Wählermassen auf seine Seite zu bringen, pfeift man ihn jetzt aus, wo er sich blicken läßt. — Nach der Schmelzer Versammlung versuchte er in Bommelswitte sein Glück. Hier fand die Versammlung Sonnabend mittag statt, um die Sozialdemokraten fern zu halten. Doch man hatte sich verrechnet. Als wieder keine Redefreiheit gewährt wurde, bemächtigte sich auch hier der Versammlung eine solche Unruhe, daß Schwabach sein Referat nicht halten konnte, sondern verduften mußte. Selbst die agrarische „Ostpr. Ztg." erklärt, die Szenen in der Schmelzer Versammlung seien eine Frucht der maßlosen, geradezu unerträglichen Verhetzung seitens der Schwabachpartei.

Das Simplicissimusverbot in Baden,

über das bereits telegraphisch berichtet wurde, entbehrt nicht eines originellen Hintergrundes. Das öffentliche Haus in Heidelberg, auf welches der Simplicissimuswitz abzielte, war im Februar 1907 von der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen zum Zwecke des Geländebesitzes in der Nähe des Heidelberger neuen Personenbahnhofes erstanden worden. In den beiden angrenzenden Häusern wurde aber, wie früher, die Prostitution weiter betrieben. Was nun als badischer Staat, als gottgewollte Institution für gute Moral und Sitte, tun? Eine Dienstwohnung für Staatsbeamte oder ein Dienstbureau daraus machen, war ob der unsittlichen Nachbarschaft nicht angängig. Da kam man auf einen genialen Gedanken. Man befaßte sich mit dem gekauften Haus überhaupt nicht weiter, sondern überließ es dem bisherigen Eigentümer zur unentgeltlichen Benutzung, und zwar bis 1. Oktober 1908, auf welchen Zeitpunkt der Kaufvertrag abgeschlossen war. Und der seitherige Besitzer, der pfiff auf die Moral seines Hausverkäufers und vermietete das Grundstück, das ihm auf so originelle Weise zur Nutznießung überlassen worden war, an einen — Diensthalter, der natürlich Mädchen in unbeschränkter Zahl in das Haus aufnahm. Jetzt machte der Heidelberger Sittlichkeitsverein erst recht Lärm. Er stellte die seiner Sache ergebene Presse in den Dienst der Moralität, wandte sich an die Petitionskommission des badischen Landtags und bereitete dadurch dem badischen Staat unangenehme Stunden. Er wußte sich aber zu helfen. Kurzerhand schloß die Polizei Ende des vorigen Jahres die drei Häuser in der Nähe des Personenbahnhofes, in welchen das bekannte Gewerbe ausgeübt wurde; natürlich auch das staatliche Haus.

Man kann es dem „Simplicissimus" nicht verdenken, wenn er diese hübschen Manieren des badischen Staates der allgemeinen Lächerlichkeit preisgab, zumal auch der badische Eisenbahnfiskus den „Simplicissimus" von den Bahnhöfen fernhält.

Dänemark.

Die Betrügereien des Ministers für Gerechtigkeit mit Prügel. Es gilt jetzt als sicher, daß Albertis 15jährige Betrügereien sich auf 14 Millionen belaufen. Die Meldungen von Albertis leidendem Zustande sind übertrieben; sein Auftreten zeigt die größte Ruhe. Im Butterexportverein sind sämtliche Bücher gefälscht. Chiffrierte Telegramme seiner englischen Verbindungen wurden aufgefunden, doch scheint Alberti den Schlüssel dazu beseitigt zu haben. Angeblich hat er ein Vermögen für sich in London auf die Seite gebracht.

Rußland.

Massenverhaftungen in Petersburg. Die Geheimpolizei nahm umfangreiche Haussuchungen in allen Stadtteilen vor und fand dabei drei Bomben und große Mengen Dynamit. Etwa 100 Personen, vorwiegend besserer Stände, darunter ein Polizeibeamter, wurden verhaftet. 8 Bezirkskomitees der sozial-revolutionären Partei und das Zentralbureau des russischen Eisenbahnarbeiterverbandes wurden aufgehoben. Es scheint, als ob die Gewalthaber den Schlag gegen die Gewerkschaften führen wollen.

Ein mysteriöser Bombenfund. In der Nähe des Denkmals Peters des Großen wurde von Bootsleuten eine in der Newa schwimmende Kiste aufgefischt, die sechs Bomben enthielt. Beim Auspacken explodierte eine Bombe, doch wurde niemand verletzt.

Die Cholera greift weiter um sich. In Odessa sind die ersten zwei Choleraerkrankungen mit tödlichem Ausgang bakteriologisch festgestellt worden.

Schweden.

Neuer Wahlsieg der Sozialdemokratie. Am Sonnabend und Sonntag wurden in Malmö sowie in 28 kleinstädtischen und ländlichen Kreisen Abgeordnete zur Zweiten Kammer des Reichstages gewählt. Hierbei machte sich wieder der starke Zug nach links bemerkbar. Die Sozialdemokratie hat nicht nur die sämtlichen vier Mandate von Malmö sowie das Mandat von Orle in Malmö-Uslan, die sie bei der vorigen Wahl gewann, mit Glanz behauptet, sondern auch noch drei neue Mandate hinzuerobert.

Soziales und Parteileben.

Streikende Zigarrenarbeiter. Die Arbeiter der vier Zigarrenfabriken von Klevenhusen, im Kreise Witzenhausen, sind Montag in den Streik eingetreten. Die Arbeiter der Bremer Filiale werden in einen Sympathiestreik eintreten. Obgleich die Arbeiter Verhandlungen anzubahnen versuchten, wurden sie brüsk abgewiesen.

Arbeitseinstellung. In den Viktoriafahrradwerken in Nürnberg haben die Arbeiter wegen Akkordreduktionen die Arbeit niedergelegt.

Die Scharfmacher im Malergewerbe, welche im Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände organisiert sind, tagen zurzeit in Karlsruhe. Am 14. September hielt Herr Malermeister Hansen-Hamburg ein Referat über: Abschluß von Kartellverträgen. Er führte im wesentlichen folgendes aus: Die Handwerker sind oft kleinlich, wenn sie Beiträge zur Organisation zahlen sollen. Die Handwerker müssen lernen, ebenso zu denken, wie die Arbeiter. Der Ruf eines Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch! hat einen geradezu beispiellosen Erfolg gezeitigt. Es sei daran erinnert, daß es die Arbeiter verstanden haben, sich international zu organisieren. Es sind seinerzeit beim Bergarbeiterstreik viele Hunderttausende vom Auslande nach Deutschland gekommen; dasselbe traf bei dem Hafenarbeiterstreik zu. Umgekehrt betätigten sich die deutschen Arbeiter Rußland gegenüber fortgesetzt in internationalem Sinne. Die Arbeitgeber müssen ihre Aufmerksamkeit ebenfalls dem Ausland zuwenden. Der „Vorwärts" hat vor kurzem ausgesprochen, daß im Malergewerbe im nächsten Jahre ein Kampf ausbrechen würde, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Der „Vorwärts" wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, recht haben. Das gibt zu bedenken. Die Handwerker haben im Gegensatz zu den Arbeitern ihre Zeit nicht begriffen. Die Handwerker sind in der Organisation zurückgeblieben. Hätten die Handwerker schon früher, ebenso wie die Arbeiter, den Organisationsgedanken begriffen, dann stände es heute besser mit ihnen. Wir Handwerker schimpfen nicht (?) auf die Arbeiter und gönnen ihnen ihre Erfolge, aber die „Regulierungsschraube" darf nicht eine „Lohnschraube" werden. Wir werden uns um unser Haus und Herd wehren. Die Handwerker müssen sich, um sich erfolgreich zur Wehr zu setzen, international verbinden. Bereits haben wir die Reichsgrenzen überschritten, der Arbeitgeberverband ist mit den österreichischen und dänischen Kollegen in Verbindung getreten. Auch mit Organisationen von Holland, Belgien, Frankreich, England, Schweden und Norwegen und sogar Australien ist eine Verständigung angebahnt. Die rote Internationale erhebt überall das Haupt und ruft: die bürgerliche Gesellschaft muß zerstört werden. Die Handwerker müssen sich zusammentun, um diese internationalen Hetzer in die Schranken zu weisen. Wir werden denselben zeigen, daß wir stärker sind als sie. Folgende Resolution wurde alsdann einstimmig angenommen: „Der II. Hauptverbandstag deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe begrüßt auf das freudigste die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu den Kollegen im Auslande und beauftragt den Hauptvorstand, Kartellverträge mit den ausländischen Organisationen nach eigenem besten Ermessen abzuschließen."

Der „notleidende" Grundbesitzerstand. In Königsberg soll die Wertzuwachssteuer eingeführt werden. Zu ihrer Begründung hat der Magistrat eine Aufstellung über die Gewinne bei Grundstücksverkäufen gemacht, die beweist, daß die Grundbesitzer, die sich nach berühmten Mustern stets als „notleidend" hinstellen, enorme Gewinne einheimsen. So sagt der Magistrat, daß in Königsberg der Wertzuwachs der Grundstücke im Jahre 1906 gegen sechs und im Jahre 1907 gegen fünf Millionen Mark betrug. Was für Gewinne einzelne Grundstücke einbrachten, darüber sagt der Magistrat folgendes: Ein Grundstück in der Altstadt ist für 135000 Mark verkauft, welches acht Monate vorher für 115000 Mark erstanden ist. In der Gegend des Nassen Gartens ist ein Grundstück für 129000 Mark verkauft, das im Jahre 1897 für 27000 (!!) Mark erworbe ist. Unweit der Vorstadt ist ein Grundstück für 40000 M verkauft, welches 1908 für 18000 Mk. erworben ist. In de Gegend des Bahnhofes ist ein Grundstück für 440000 Ma verkauft, welches 1902 für 335000 Mark erworben ist, ei anderes Grundstück für 117000 Mk. bei einem Erwerbsprei von 87000 Mk. im Jahre 1904, ein anderes für 185000 M bei einem Erwerbspreis von 150000 Mk. im Jahre 190 Auf dem Senkheim wurde ein Grundstück für 200000 M verkauft bei einem Erwerbspreis von 150000 Mk. im Jahr 1905. Große Gewinne sind auch an Wiesen erziel Es liegen Verkaufspreise vor von 14000 Mk., bei einem Er werbspreis von 7000 Mk. vier (!!) Tage vorher, 640 Mark bei einem Erwerbspreis von 2000 Mk. am selben (! Tage, von 33500 Mk. bei einem Erwerbspreise von 24 00 Mark im Jahre 1906. In Kalthof ist ein Grundstück fü 36000 Mk. verkauft bei einem Erwerbspreis von 18890 M im Jahre 1906, ein anderes für rund 28000 Mk. bei einer Erwerbspreis von 17000 Mk. im Jahre 1898. Auf den Hufe ist ein Grundstück für 13800 Mk. verkauft bei einem Erwerbs preis von rund 7500 Mk. kaum sieben (!) Monate vorhe ein anderes für 57500 Mk. bei einem Erwerbspreis vo 25500 Mk. einen (!!) Monat vorher, ein anderes für 28 00 Mark bei einem Erwerbspreis von 11632 Mk im Jahr 1906. — Ausdrücklich hebt der Magistrat hervor, daß dam keineswegs alle größeren Gewinne zusammengestellt, sonder nur einzelne Beispiele angeführt sind. Und angesicht solcher Gewinne erklären die Herren Grundbesitzer, daß si „notleidend" seien und die Wertzuwachssteuer, die nur i sehr bescheidenem Maße diese Gewinne besteuern will, ab lehnen müßten. In Königsberg soll die Wertzuwachssteue jährlich gegen 200000 Mk. bringen.

Vom englischen Trade-Unions-Kongreß. Im „Vor wärts" wird an den Bericht über den Kongreß folgende Be trachtung geknüpft: Der Kongreß zeigte einen Fortschritt i der sozialistischen Erkenntnis, wenn auch noch eine vollstän dige Abkehr vom politischen und ökonomischen Denken de Bourgeoisie nicht verzeichnet werden kann. Die Gewerk schaften befinden sich in einer Übergangszeit von der liberalen zur sozialistische Weltanschauung. Der Übergang würde sich rasche vollziehen, wenn die theoretische Bildung der sozialistische Elemente der Trade-Unions eine bessere wäre. Und dara fehlt es nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in bürger lichen Kreisen. Dafür aber ist das praktische Leben Eng lands hochentwickelt und zwingt zur Ergreifung von Maß regeln, die dem herrschendrn Denken weit voraus sind. Di Entwicklung vollzieht sich noch unbewußt. Typisch für diese Gang der Dinge war die Eröffnungsrede Shackletons die vom ganzen Parlamentarischen Komitee des Kongresses das heißt von den Vertrauensmännern der britischen Ge werkschaften, abgefaßt war. Die Betonung der sozialpol tischen Maßregeln der liberalen Regierung; die Hervor hebung ihrer Schwächen; das Vertrauen zur Regierung Arbeiterfragen international zu regeln; die schar Kritik der Haltung der Regierung gegenüber Arbeits losigkeit und der Tadel gegen die liberalen Arbeiter abgeordneten Maddison und Vivian, de Glaube an die internationalen Schiedsgerichte, schließlich de Appell an die internationale Solidarität der Arbeiter — da alles ist ein Gemisch von liberalen Traditionen und sozialist schen Empfindungen. Die Rede gab ein richtiges Bild vo der geistigen Verfassung der Arbeitermassen des Vereinigte Königreiches. Etwas Ähnliches würde herauskommen, wen die verschiedenen Gewerkschaftsverbände Deutschlands sich z einem gemeinschaftlichen Kongreß versammelten. In rei praktischen sozialpolitischen Fragen würden sie wahrscheinlic zusammengehen, aber bei der Begründung und Schärfe de Fassung der sozialpolitischen Forderungen würden sich di Unterschiede bemerkbar machen. Nur in einem Punkte ste der britische Gewerkschaftskongreß einheitlicher da als ei allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongreß stehen würde in der Frage der Verweltlichung der Schule. Der Notting hamer Kongreß nahm gegen eine verschwindende Minorit katholischer Arbeiter eine Resolution an, die die Trennun zwischen Kirche und Schule verlangt, wobei von allen Redner betont wurde, daß die Resolution von dem Standpunkt aus gehe, daß Religion Privatsache sei, in die sich der Staa nicht mischen dürfe. Diese Ansicht wird in England vo vielen frommen Christen geteilt. Dem liberal-sozialistische Charakter des Kongresses entsprach es auch, da eine Mehrheit dafür stimmte, die Regierung zu er suchen, Staatszuschüsse zu den Arbeitslosenfonds der Ge werkschaften zu gewähren, während eine andere Mehrhe eine Resolution ablehnte, die der Regierung den Dank fü das Alterspensionsgesetz aussprechen wollte. Die Debatt über letztere Resolution kulminierte in der Rede des Del gierten der Briefträger, Stuart, der erklärte: „. . . . Di Regierung hat dies Zeugnis nicht verdient, den Dank ver dienen die Arbeiter, die der Regierung diese Konzession ab gerungen haben, da sie stark genug waren, die Regierun zur Einbringung dieser Vorlage zu zwingen." Erwähnt z werden verdient auch die Debatte über die Resolution, be treffend Einrichtung von obligatorischen Schiedsgerichten fü gewerbliche Streitigkeiten. Die Befürworter der Resolutio wiesen auf die Tatsache hin, daß in den letzten zehn Jahre nicht einmal ein Drittel der Streiks erfolgreich war. Di Gegner der Resolution sahen in ihr eine Bankrotterklärun des Gewerkschaftswesens. Die Resolution wurde mit 1 099 00 Stimmen gegen 645 000 verworfen. Die Minderheit ist indo größer als in früheren Jahren. Im übrigen wurden al sozialpolitischen und demokratischen Resolutionen, wie Ach stundentag, Ausbau der bestehenden Schutzgesetze, allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen, Zahlung von Wah kosten und Diäten, Vergesellschaftung der Eisenbahnen un Minen, einstimmig angenommen.

Boykott-Prozeß. Vor dem Dresdener Schöffengerich fand am Dienstag ein interessanter Boykottprozeß statt. Da Genosse Grostzsch, Redakteur der Dresdener Volkszei tung, der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Dittmer die früheren Vorsitzenden der drei Dresdener Wahlkreis Sindermann, Reimann und Kühn hatten wege einiger Zeitungsnotizen sowie wegen Verbreitung eines Flug blattes betreffs Boykott einer Großmühle Anklage erhalten In der ersten Instanz hatte der Genosse Grootzsch 4 Woche und drei Tage Haft, die übrigen Genossen je 5 Tage Ha erhalten, der Gewerkschaftsbeamte des Bäckerverbandes 1 Tage. In der Berufungsverhandlung am Mittwoch wurde 4 Genossen freigesprochen, die Strafe des Genossen Grootzs auf 50 Mark die des Genossen Reimann auf 30 Mark herab gesetzt. Sindermann hatte keine gerichtliche Entscheidung be antragt.

Presse und Galgen. Im Dezember v. J. erschien i der Reussischen Tribüne in Gera ein Artikel aus Liebschwit einer sächsischen Enklave bei Gera, worin mitgeteilt ist, da ein Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zu Verfügung steht. Die Parteigenossen sollten daraus di Konsequenz ziehn. Die Folge war ein Strafmandat übe 15 Mark an den verantwortlichen Redakteur Genosse Seifert, der durch die Notiz § 360 11 St.-G.-B., sowie au einige Erlasse der Amtshauptmannschaft Zwickau gegen de Boykott verletzt haben sollte. Das Schöffengericht in Ger verwarf den gegen den Strafbefehl erhobenen Widerspru und ließ den Einwand nicht gelten, daß ein Erlaß eine

sächsischen Amtshauptmannschaft doch keine rechtliche Wirkung in Reuß j. L. haben könnte. Die Strafkammer als Berufungsinstanz hat nun ihr Urteil dahin abgegeben, daß die sächsischen Polizei-Erlasse zwar nicht angewendet werden könnten, aber der Artikel enthalte eine Verrufserklärung des betreffenden Lokals, sei geeignet gewesen Beunruhigung hervorzurufen und sonach nach einigen Reichsgerichtserkenntnissen strafbar. Die Berufung sei deshalb zu verwerfen gewesen. Mit dieser sonderbaren Rechtsauslegung wird sich nunmehr noch das Oberlandesgericht in Jena zu befassen haben. Wenn das Urteil bestätigt werden sollte, wäre jeder Boykott unmöglich gemacht.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 17. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhausen, Grützmühle, Hafenstraße, Sielbau Marli, Kaltenhof bei Schwartau. Als Akkordanten fungieren F. Mädel, Krempelsdorfer Chaussee und Jabs, Werderstraße.

Achtung Bauarbeiter! Über die Sielbauarbeiten in der Marlistraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grützmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Nur 1000 Mk. bewilligte der Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung auf Antrag des Senats für die durch das Brandunglück schwer getroffenen Einwohner der Stadt Donaueschingen. Für den Zeppelinfonds, der bereits reichlich Mittel aufwies, gab man dagegen seinerzeit 5000 Mark. Hier, wo es sich um bedürftige Leute handelt, werden Senat und Bürgerausschuß — die auch sehr splendid sein können — plötzlich recht knickerig, obwohl die Bürgerschaft in ihrer letzten Sitzung einstimmig den folgenden Antrag Peter Pape angenommen hatte: „Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, aus Staatsmitteln den Betrag von 5000 Mk. für die Abgebrannten in Donaueschingen zur Verfügung zu stellen.“ Das Senatsdekret lautet wie folgt: „Am 6. August 1908 ist Donaueschingen von einem furchtbaren Brandunglück heimgesucht worden, dem 130 Wohnhäuser und 160 Nebengebäude zum Opfer gefallen sind. Etwa 600 Personen, die von ihrer Habe nichts haben retten können und gegen den Schaden nur zu einem sehr geringen Teil durch Versicherung gedeckt sind, haben ihr Obdach verloren. Angesichts des durch dieses Unglück hervorgerufenen Elends hält es der Senat für eine Pflicht Lübecks, wie viele andere deutsche Städte sich an der für die Abgebrannten in die Wege geleiteten Hilfstätigkeit zu beteiligen, und stellt deshalb zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß den Abgebrannten von Donaueschingen eine Beihilfe von 1000 Mk. bewilligt und dieser Betrag auf Abschnitt XIV der Ausgabenseite des laufenden Staatsbudgets angewiesen werde.“ — Also in diesem Dekret weist der Senat selbst auf die Größe des Unglücks und des daraus entstandenen Elends hin und beantragt dann, ganze 1000 Mk. zu bewilligen. Für Rennpreise und ähnliche „Kulturzwecke“ ist stets sehr viel mehr Geld vorhanden gewesen.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, den 21. September 1908, abends 6 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen. I. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsdekrets vom 8. Juli 1908, betreffend Legitimationsgebühr von 25 Pfg. für eine Radfahrkarte. II. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsdekrets vom 15. Juli 1908, betr. die Auslegung des Nachtrages zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten. III. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsdekrets vom 6. Juni 1908 in bezug auf die von Dr. Ziehl und Genossen beantragte Einführung einer zweiten Lesung. IV. Mitteilungen des Senates. V. Anträge des Senates: 1. Erlaß eines Gesetzes, betr. den Staatshaushalt. 2. Ermittelung des Nutzungswertes der Grundstücke und Gebäude in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten. 3. Ankauf des Gutes Schönböken durch das Heiligen Geist-Hospital. 4. Verleihung der Pensionsberechtigung an den Hilfsbibliothekar Dr. Hach. 5. Nachbewilligung von 20 434,98 Mk. auf die Ausgaben der Oberschulbehörde im Rechnungsjahr 1907. 6. Nachbewilligung von 22 809,26 Mk. auf die Ausgaben des Allgemeinen Krankenhauses im Rechnungsjahre 1907. 7. Nachbewilligung von 7503,16 Mk. auf die Ausgaben der Friedhofsbehörde im Rechnungsjahre 1907. 8. Aufhebung der Freischulen und Staffelung des Schulgeldes nach der Einkommensteuer. 9. Anschaffung von drei Anhängewagen für die Lübecker Straßenbahn. 10. Erlaß eines dritten Nachtrages zur Notariats-Ordnung. 11. Verstärkung der im Staatsbudget für 1908 für persönliche Bureaukosten des Katasteramts vorgesehenen Mittel. 12. Nachbewilligung von 10 586,70 Mk. zu den Ausgaben des Landarmenverbandes im Rechnungsjahr 1907. 13. Revision des Gesetzes vom 7. Juli 1902, betreffend die Wohnungspflege in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten. 14. Erbauung einer Brücke über die Trave unterhalb der Struckfähre u. w. d. a. VI. Wiederholte Beratung des Antrages 1. von Peter Pape und Genossen: die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, aus Staatsmitteln den Betrag von 5000 Mk. für die Abgebrannten in Donaueschingen zur Verfügung zu stellen. 2. von F. J. W. Klein, die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Aufnahme der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter in den Beamtenbesoldungsetat in Erwägung zu ziehen. 3. von H. E. A. Pape, die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Schutzleute und Feuerwehrleute nach fünfjähriger Dienstzeit fest anzustellen, 4. von Wissell und Genossen, der Bürgerschaft eine Vorlage entgegenzubringen, durch welche die der Regelung durch die Landesgesetzgebung vorbehaltenen Ausnahmen von den Bestimmungen des Reichs-Vereinsgesetzes im Sinne größtmöglichster Freiheit für Lübeck gesetzlich sichergestellt werden. 5. von Klein und Genossen, die Bürgerschaft ersucht den Senat, den § 4, Absatz 2, Ziffer 4, der Verordnung vom 13. Mai 1908, betr. die Ausführung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908, dahin abzuändern, daß an Stelle der Worte „in den Lübeckischen Anzeigen“ die Worte „in einer der in Lübeck erscheinenden Tageszeitungen“ gesetzt werden. VII. Eingabe des Vereins „Innere Stadt“ betr. das Projekt einer Verkehrsstraße von der nördlichen Vorstadt St. Lorenz zur inneren Stadt.

An den Senat will der Bürgerausschuß nach einem gestrigen Beschlusse folgende Anträge bringen: Antrag von Dühring und Genossen, die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, ihr baldmöglichst eine Vorlage entgegenzubringen und Einrichtungen treffen, die die Unterbringung unbemittelter ansteckender Kranker in Krankenanstalten auf öffentliche Kosten ohne Verlust politischer Rechte ermöglichen; Antrag von Joh. Evers, die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, gleichzeitig mit der zum 1. April 1909 vom Senat erbetenen Revision des gesamten Besoldungsetats vom 26. Februar 1902 auch eine Neuregelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Bureauhilfsarbeiter in die Wege zu leiten.

Neuregelung der Forstverwaltung. Der Bürgerausschuß erklärte sich gestern gutachtlich für die Mitgenehmigung der Senatsvorlage betr. Neuordnung der Forstverwaltung durch die Bürgerschaft mit der von seiner zur Vorprüfung eingesetzten Kommission beantragten Abänderung der Abteilung B des Beamtenbesoldungsetats, in der Voraussetzung, daß die bisher dem Revierförster von Cronsforde für die Beaufsichtigung der Forsten des Heiligen-Geist-Hospitals von dieser Stiftung gezahlten 400 Mk. und die bisher dem Oberförster für die Inspektion der Forsten in Padelügge und Westerau von der Parchamschen und der Westerau Stiftung gezahlten 280 Mk. bezw. 100 Mk. künftig in die Staatskasse fließen. Das von der Kommission beantragte Ersuchen, außer der für den Israelsdorfer Bezirk vorgesehenen Aufhebung einer Försterstelle in Israelsdorf auch noch die Försterei Wesloe einzuziehen und die dadurch freiwerdende Försterstelle nicht wieder zu besetzen, beschloß der Bürgerausschuß dem Senat entgegenzubringen.

Staatszuschuß zur Unfallversicherung der freiwilligen Feuerwehren Lübecks. Der Senat unterbreitete dem Bürgerausschuß gestern folgendes Dekret: Durch Beschluß des Senates im Einvernehmen mit dem Bürgerausschuß vom 11. November 1903 ist dem Verbande der freiwilligen Feuerwehren im lübeckischen Staatsgebiete als Beihilfe für die ihm aus der Unfallversicherung der Mannschaften erwachsenden Kosten ein Betrag von jährlich 300 Mk. auf 5 Jahre zur Verfügung gestellt worden. Das Polizeiamt hat nunmehr dem Senate berichtet, der Verbandsvorsitzende habe um die Fortgewährung der bisherigen Beihilfe auf weitere fünf Jahre gebeten, und hat diese Bitte zur Berücksichtigung empfohlen. Der Senat hält auch seinerseits in Anerkennung der Bestrebungen des Verbandes die Bewilligung der erbetenen Unterstützung für wohl angebracht und beantragt daher die Mitgenehmigung des Bürgerausschusses dazu: daß zur Unterstützung des Verbandes freiwilliger Feuerwehren im lübeckischen Staatsgebiet der Betrag von jährlich 300 Mk. in die Staatsbudgets der Rechnungsjahre 1909 bis 1913 unter Art. 21,8 b der Ausgaben eingestellt werde. Der Bürgerausschuß erteilte die beantragte Mitgenehmigung.

Bevölkerungsbewegung im Monat August 1908 (Die Angaben beziehen sich auf die Stadt Lübeck.) Die Eheschließungen betrugen 49 gegen 81 im Vormonat (52 im August 1907), auf 1000 Einwohner berechnet 6,07 gegen 10,04 im Vormonat (6,53 im August 1907 und 6,93 im zehnjährigen August-Durchschnitt.) Lebendgeburten erfolgten 232 gegen 217 im Vormonat (241 August 07), auf 1000 Einwohner berechnet 28,75 gegen 26,90 i. V. (30,28 August 07 und 30,00 im zehnjährigen August-Durchschnitt). Totgeburten fanden 7 statt, im Vormonat 10. Unehelich geboren wurden 17 Kinder geg. 20 i. V. (23 Aug. 07). Die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburten) belief sich auf 143 gegen 151 i. V. (101 Aug. 07), auf 1000 Einwohner berechnet 17,72 gegen 18,72 i. V. (12,69 Aug. 07 und 18,10 i. zehnj. August-Durchschnitt.) Einschließlich der Totgeburten hat die Zahl sämtlicher Geburten 239 geg. 227 i. V. (244 Aug. 07), sämtlicher Sterbefälle 150 gegen 161 i. V. (104 Aug. 07) betragen. Der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen war hiernach 89 gegen 66 i. V. (140 Aug. 07), auf 1000 Einwohner berechnet 11,03 gegen 8,18 i. V. (17,59 August 07 und 11,90 im zehnjährigen August-Durchschnitt.) Unter 1 Jahr alte Kinder starben 51 gegen 52 i. V. (27 Aug. 07), über 70 Jahre alte Personen 23 gegen 29 i. V. Unter den Todesursachen sind zu erwähnen: Angeborene Lebensschwäche 8 (gegen 6 i. V.), Altersschwäche 3 (10), Kindbettfieber —, Masern 1 (2), Diphtherie und Krupp 1 (1), Keuchhusten 2 (4), Typhus 1 (3), Tuberkulose der Lungen 6 (18), Tuberkulose andere Organe 2 (4), Lungenentzündung 11 (7), Influenza 1, Krankheiten der Atmungsorgane 4 (6), Krankheiten der Kreislauforgane 11 (12), Gehirnschlag 4 (3), Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 37 (32), Krebs 15 (6), Selbstmord 6 (2), Totschlag 1, Verunglückung 2 (7). In den Monaten vom 1. Januar bis 31. August 1908 betrug die Zahl der Eheschließungen 523 (493 im gleichen Zeitraum des Vorjahres), oder auf 1000 Einwohner 8,24 (7,90 im Jahre 1907 und 7,91 im zehnjährigen Durchschnitt), der Lebendgeburten 1764 (1907: 1762) oder auf 1000 Einwohner 27,78 (28,24 im Jahre 1907 und 29,58 im zehnjährigen Durchschnitt, der Sterbefälle 1066 (1907: 1030) oder auf 1000 Einwohner 16,79 (16,51 im Jahre 1907 und 17,27 im zehnjährigen Durchschnitt), der Geburtenüberschuß 698 (1907: 732) oder auf 1000 Einwohner 10,73 (11,99 im Jahre 1907 und 12,31 im zehnjährigen Durchschnitt).

Zur Verhinderung der Einschleppung der Cholera aus Rußland nach Lübeck sind seitens des Medizinalamts sofort die umfassendsten Maßnahmen getroffen worden. Die von St. Petersburg und Kronstadt kommenden Schiffe werden in Travemünde vom Quarantänearzt einer eingehenden Untersuchung unterzogen und den Besatzungen der Schiffe strenge Weisungen hinsichtlich ihres Verhaltens erteilt. Auch zur Unterbringung choleraverdächtiger oder -kranker Personen, sowie zur Desinfizierung der Schiffe usw. sind Maßnahmen getroffen. Die aus anderen russischen Häfen kommenden Schiffe sind ebenfalls ärztlicher Kontrolle unterstellt.

Verworfene Revision. Auf dem Volksfest im Jahre 1905 kam der Gärtner Goldschmidt schwer zu Schaden. Er hatte ein Karussell bestiegen und stand zwischen Gondel und Pferd, als sich das Karussell in Bewegung setzte. Durch die Bewegung des Pferdes wurde er zwischen diesem und der Gondel eingequetscht, ein Unfall, der ihn zunächst in seiner Erwerbstätigkeit beschränkte und dann seinen Tod herbeiführte. Er hinterließ seine Frau mit 5 Kindern, die nun den Karussellbesitzer haftpflichtig machten. Nachdem das Landgericht Lübeck die Klage abgewiesen hatte, erkannte das Oberlandesgericht unter Annahme teilweise eigenen Verschuldens des Goldschmidt auf Anerkennung des Klageanspruchs zu 3/4. Die hiergegen von dem Karussellbesitzer eingelegte Revision wurde verworfen.

In die Diebstahlsaffäre des Holstenhauses sind bis jetzt 21 Personen verwickelt, die geständig sind. Außer den bereits in Haft befindlichen drei Personen ist Dienstag abend noch ein Lagermeister verhaftet worden.

Zu dem Diebstahl einer Segeljacht wird uns mitgeteilt, daß das Boot, welches dem Herrn Killberg gehört, nicht bei der Herrenfähre, sondern bei Schlutup entwendet worden ist. Man hat das Fahrzeug bereits bei Grömitz wiedergefunden.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 16. Septbr., morg. 5 Uhr: Wasser 12, Luft 11; 10 Uhr: Wasser 12½, Luft 14; mittags 12 Uhr: Wasser 13, Luft 17; abends 6 Uhr: Wasser 13, Luft 15 Grad Celsius.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurden 2 Heizer eines hiesigen Dampfers, die von der Staatsanwaltschaft Memel wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung steckbrieflich verfolgt wurden. Des weiteren wurde ein Kellner aus Grabow i. M., der von der Staatsanwaltschaft Hamburg wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde, festgenommen. — Wegen Widerstandes und Bettelns wurde ein Kellner aus Zeitz festgenommen.

Im Hansa-Theater erzielte gestern abend die urkomische Posse „2 zu 15“ bei vortrefflicher Wiedergabe einen großen Heiterkeitserfolg. Besonders die Herren Claßen und Job, sowie die Gattin des letzteren machten sich um die auch hübsch ausgestattete Aufführung verdient. Sicherlich wird das amüsante Stück noch manche vollen Häuser erzielen.

Stockelsdorf. Das Zentralwahlkomitee ersucht die Ortsvereine, die Wahlresultate der einzelnen Wahlgemeinden dem Zentralwahlkomitee sofort mitzuteilen. Das Wahlkomitee ist Sonnabend abend im Lokale des Herrn Paetau-Fackenburg anwesend.

Schwartau. Zu den schmutzigsten Mitteln greifen die Gegner der Sozialdemokratie jetzt, um indifferente Kleingewerbetreibende und Arbeiter zu Vorspanndiensten für die Reaktion bei der Landtagswahl zu verleiten. Es wird in einem Flugblatt, das man nicht einmal mit dem eigenen Namen zu unterzeichnen wagt, der alte Schwindel von den Sozialdemokratenführern, die angeblich von den Groschen der Arbeiter einen guten Tag leben, wieder aufgetischt, um damit gegen unsere Partei Stimmung zu machen. Die anderen Behauptungen der anonymen Sudelei sind gleichfalls nur für politisch Einfältige bestimmt. Daß der Konsumverein gegründet wurde, um die kleineren Existenzen zu untergraben, ist eine ebenso schmähliche Verleumdung wie die Behauptung, daß es sozialdemokratisches Prinzip ist, die kleinen Existenzen zu vernichten. Auch die Liberalen haben selbst in vielen Orten Konsumvereine gegründet, ebenso die Beamten. Dafür hat sogar Lübeck ein Beispiel. Dann müßten also auch die Liberalen die kleineren Existenzen untergraben wollen. Wer in Wirklichkeit die Geschäftsleute, die nach ihrer Überzeugung stimmen, ruinieren will, zeigt ein Flugblatt, das der Wahlverein der bürgerlichen Ordnungsparteien Schwartaus im Jahre 1905 herausgegeben hat, in dem jeder Handwerker und Geschäftsmann, der sich nur der Stimme enthält, mit Existenzvernichtung bedroht wird. Wer dieses verwerfliche Treiben verurteilt, und das muß jeder einsichtige Mann tun, der kann seine Stimme nur den Kandidaten der Sozialdemokratie geben.

Kröpelin. Ein Bubenstück, das leicht großen Schaden hätte anrichten können, wurde Sonntag nachmittag von zwei hiesigen 13jährigen Schulknaben an der Bahnstrecke unweit der Mentzschen Ziegelei verübt. Dieselben hatten auf die Schienen mehrere große Steine gelegt, die jedoch glücklicherweise von der Lokomotive beiseite geschoben wurden, sodaß der Zug, ohne halten zu müssen, weiterfahren konnte. Die Knaben wurden heute auf dem Rathause einem Verhör unterworfen und werden jedenfalls einer exemplarischen Strafe nicht entgehen.

Kiel. Tödlicher Unglücksfall. Am Dienstag nachmittag kam auf dem Ziegelwerk I in Elmschenhagen durch Anstechen einer Sandschicht eine Lehmmasse ins Rutschen und fiel auf den Ziegeleiarbeiter Hermann Hoffmann aus Neu-Lipke. Der Verunglückte starb nach kurzer Frist. Der Sohn des Verunglückten arbeitet auf derselben Ziegelei.

Itzehoe. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern mittag bei der Herstellung eines Etagenaufbaues auf dem Wirtschaftsgebäude der fiskalischen Kaserne. Der am 11. November 1884 in Dänemark geborene Zimmergeselle Hans Chr. Frederiksen stand auf dem Dache, um einen Sparren hochzuziehen. Er vermochte den Balken infolge der Schwere des unteren Endes nicht zu halten. Der Sparren schlug zurück und es wurde Frederiksen von dem bereits hochgezogenen Teil des Balkens erfaßt und vom Dache heruntergeschleudert. Er fiel in das 5 Meter tief gelegene Treppenpodest und zertrümmerte sich den Schädel. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Cuxhaven. Schiffsstrandung. Der englische Dampfer „Consent“ ist heute nacht, mit einer Ladung Zucker von Hamburg kommend, auf Schaarhörn bei Tonne D gestrandet. Schlepper sind zur Hilfeleistung abgegangen. Es ist gelungen, den Dampfer wieder abzubringen.

Letzte Nachrichten.

Berlin. 16. September. Der Parseval-Ballon verunglückt. Auch über den Ballon „Parseval“ scheint ein unseliges Verhängnis zu schweben. Heute sollte der Ballon mit dem Militär-Ballon zusammen eine Fahrt nach Döberitz unternehmen, um dort von Wilhelm II. besichtigt zu werden. Auf der Fahrt dorthin ist der Ballon fast vollständig vernichtet worden. Wolffs Telegraphenbureau berichtet darüber aus Berlin unter dem 16. September: Der auf der Fahrt nach Döberitz begriffene „Parseval“-Ballon manövrierte um 9½ Uhr vormittags über Halensee, wurde von einem Windstoß erfaßt, geknickt, zum Sinken gebracht und liegt jetzt auf dem Dache einer Villa in der Trabenerstraße. Der Militär-Ballon, der um 10 Uhr über Potsdam war, konnte wegen des Sturmes nicht landen und fuhr nach Berlin zurück. Eine spätere Meldung aus Berlin besagt: Der Parseval-Ballon erlitt heute, als er nach dem Bornstedter Felde fahren wollte, um dort dem Kaiser vorgeführt zu werden, einen Unfall. Der Ballon fuhr mit einer Geschwindigkeit von 15 Metern gegen einen Wind von 10 bis 12 Meter Stärke. In der Nähe des Bahnhofes Grunewald brach die linke Stabilierungsfläche und der dadurch gebrochene Rahmen stieß ein großes Loch in den Ballon hinein, so daß das Gas entwich. Der Ballon klappte infolgedessen zusammen und fiel zum Teil auf das Dach einer Villa und zum Teil auf die Bäume dieser Villa, Trabenerstraße 28. Die Bemannung der Gondel, welche aus dem Major von Parseval, dem Hauptmann von Kehler, Ingenieur Kiefer und einem Maschinisten bestand, blieb wohlbehalten. Der Ballon wurde gegen 12 Uhr von den Mannschaften des Luftschiffer-Bataillons fortgeschafft. Es klingt fast wie eine Ironie des Schicksals, daß dem Parseval-Ballon, ähnlich wie dem Zeppelinschen Luftschiffe, das Mißgeschick gerade kurz vor der Abnahme durch die Militärbehörde ereilen mußte. Wäre diese letzte Fahrt — eine dreizehnstündige Fernfahrt hatte der Ballon bereits hinter sich — glücklich verlaufen, dann wäre der Ballon abgenommen worden. Nun muß Parseval das Schicksal Zeppelins teilen. Auch dieser Vorfall zeigt uns, daß es mit der „Eroberung der Luft“ vorläufig noch gute Weile hat. Jedenfalls gibt es vorderhand noch enorme Schwierigkeiten zu überwinden, ehe von einer auch nur halbwegs sicheren Luftschiffahrt die Rede sein kann. Bis dahin mögen die Luftflottenschwärmer, die am liebsten dem deutschen Volke einige Milliarden für die künftige Luftflotte abknöpfen möchten, sich nur gedulden.

Köln, 16. September. Wie die Kölnische Zeitung aus Echternach meldet, erschoß dort der Monteur Schutt nach der Rückkehr von einer Reise aus Eifersucht seine Frau. Hierauf erschoß er sich selbst.

Aachen, 16. September. Nach einer telegraphischen Meldung aus Aachen wurden bei dem Grubenunglück auf der Zeche Laura bei Heerlen an der holländischen Grenze acht Arbeiter getötet und vierzehn verletzt, darunter die meisten schwer.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 16. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25, Mk., Meierei-Butter Pfd. —1,35 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3—3,50 Mk., Hühner 1,60—2,00 Mk., Küken Stck. 1,20—1,40 Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. —78 Pf., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfund 45 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,30 Mk., Eier 7 Stck. 60 Pfg., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,20—1,40, Brachsen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60—70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 80—0,90 Pfg. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,20—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. 25—30 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 16. Septbr.

Weizen, 115—128 Pfd. holl. 175—195 Mk. **Roggen** 115—123 Pfd. holl. 150—170 Mk. **Gerste,** nach Qualität 160—170 Mk. **Hafer,** nach Qualität neuer 150—167 Mk., alter 170—180 Mk. per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt

16. September.

Der Schweinehandel verlief ruhig.

Zugeführt wurden 750 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 64—65 Mk., leichte 64—64½ Mk, Sauen 57—61 Mk., Ferkel 59—63 Mk. pro 100 Pfund.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 16. September.

1. Klasse 169 Drittel zu 125,81 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 17 „ „ 117,79 Mk. „ „

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten".**

Die Geburt eines strammen Jungen, durch die unser gemütlicher Gastwirt des Lokals „Zum Lübecker", Johannes Schnoor, erfreut worden ist, zeigen an
die beliebten Stammgäste.
Hamburg-Eimsbüttel.

Johannes Stau und Frau zu ihrer silbernen Hochzeit ein donnerndes Hoch, dat de Schneeberg wackelt. Up hee sick wull wat marken lett.

Ein freundl. möbl. Zimmer billig
zu vermieten. Augustenstr. 23, I.

Möbliertes Zimmer zu vermieten.
Ludwigstraße 29, I.

Sofort oder zum 1. Oktober **eine Wohnung** im Preise bis 250 Mk.
Off. u. **F R** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Oktober
1000 Mark zu 5½ Prozent.
Off. u. **G G** an die Exped. d. Bl.

Ges. sof. ein tüchtiger Schuhmacher
J. Kalkhorst, Fünfhausen 7.

Oeffentliche Stellenvermittlung
Parade 1, fr. Marthaheim,
sucht: **Köchinnen, Hausmädchen, Alleinmädchen** bei hohem Lohn.

Friseurgehilfe, 19 Jahre alt, sucht per sofort Stellung. Näheres **Arbeitsnachweis der organisierten Gehilfen** Glandorpstr. 8. Bureaustd. abds. v. 6—9 U.

Schaufelstiele
zu kaufen gesucht. Näheres in der Exp. d. Bl.

Zimmerer-Werkzeug
zu verkaufen **Schützenstraße 56b.**

Wegen Mangel an Platz ein gutes **Bett** billig zu verkaufen. Balauerfohr 37.

Teppich, fast neu, 160×200 cm, kupferfarbig, billig.
Waisenhofstr. 35, I.

Ein gutes **Sofa** und zwei **Treppenpforten** zu verkaufen.
Blumenstraße 14, beim Lindenplatz.

Ein fast neues Chaiselongue-Gestell
zu verkaufen, Preis 5 Mk.
Wakenitzmauer 7, III.

Tonbank, gut 1½ Meter lang, steht billig zum Verkauf.
Engelswisch 35.

Billig zu verkaufen ein Kinderwagen
Wakenitzmauer 44.

Zu verk. ein kl. niedlicher Schoßhund
Lübeck, Obertrave 40/5, I.

Kanarienhähne Stück 4 Mk.
Königstraße 33, im Flügel rechts.

Ein Laufbursche hat gestern Abend in der Roeckstraße Käse, Zeitungen, Farbe und eine Briefmappe verloren. Der ehrl. Finder wird gebeten, die Sachen Rabenstr. 20 abzugeben.

Verloren einen Gummireifen
vom Kinderwagen. Bitte abzugeben
Ludwigstraße 74, I.

Damen- und Kinder-Garderobe,
auch Knabenanzüge, werden angefertigt
Fischergrube 23, II. Etage.

Zur Anfertigung von
Damen- u. Kindergarderoben
empf. sich Frau **Schönfeld,** Glandorpstr. 33, I.

Großer Posten **Tilsiter Fettkäse** direkt vom **Lager,**
Pfd. 25—30 Pfg.
Schlumacherstraße 12, auf der Diele.

Allgemeine Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft.
Betriebsverwaltung Lübeck.

Infolge Verbreiterung und Neupflasterung der Schwartauer Allee wird der Endpunkt unserer Bahn daselbst bis auf weiteres von der Carlstraße nach der Brolingstraße verlegt.
Lübeck, den 16. September 1908.
Die Betriebsverwaltung.

Praktische Arbeit

leisten die Nahrungsmittel-Fabrikanten, indem sie den Konsumenten billige Nahrungs- u. Genußmittel liefern. An der Spitze stehen die Margarinemarken

„Siegerin"

von feinster **Naturbutter** nicht zu unterscheiden und

„Mohra"

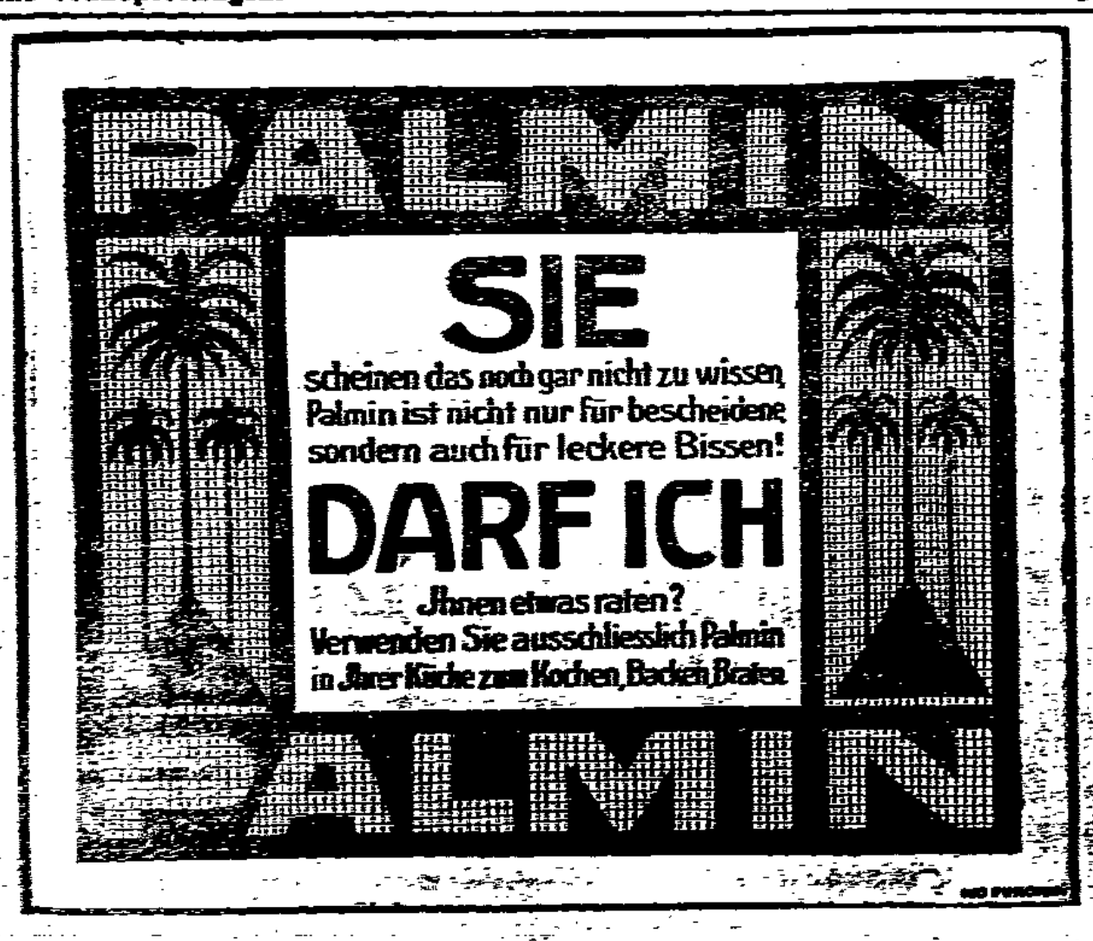
der beste Ersatz für Naturbutter! — Überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Oeffentliche Versammlung
sämtlicher im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Bauhilfsarbeiter und Erdarbeiter
am Freitag, den 18. September 1908
abends 8½ Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Die Entstehung und Entwicklung der Tarifverträge unter Berücksichtigung der diesjährigen Lohnbewegung.
Referent: **Hermann Peters-Dortmund.**
Der Einberufer.

Schulschreibhefte
in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift
empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Beerdigungsgeschäft C. Thiessen & Sohn
Wahmstraße 79. :: :: :: :: :: **Fernruf 1143.**
Uebernahme sämtlicher Besorgungen. **Ueberführungen nach und von auswärts,**
Eigene Transportwagen. - - - - - - - - - **auch Feuerbestattungen.**



Fackenburger Liedertafel.

Einladung zum
25jährigen Stiftungs-Fest
am Sonntag, den 11. Oktober 1908,
in F. L. Paetaus Gesellschaftshaus in Fackenburg.
Morgens 7 Uhr Weckruf. Nachmittags 2½ Uhr Festmarsch. Festrede
Herren- und Damenbelustigung mit nachfolgendem Ball.
Anfang des Balles 6 Uhr. Ende morgens. Eintritt 80 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe. NB. Ziehung der Tombola 10. Oktober 1908
Sämtliche Arbeiter-Gesangvereine sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken,
Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Zum Erntebier
am Sonntag, den 20. September,
ladet ein
Gr.-Parin. E. Dettmann

Hansa-Theater
Telephon 384.
Gastspiel
Job-Classen.
Nur noch 4 malige Aufführung!
Heute Donnerstag:
Anfang punkt 8¼ Uhr.
2 zu 15
Posse mit Gesang in 3 Akten.
Riesiger Lacherfolg.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Arbeiter-Abstinenten-Bund.
Versammlung
am 18. September 1908
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 218. Donnerstag, den 17. September 1908. 15. Jahrg.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eigenbericht des „Lübecker Volksbote."

C. B. Nürnberg, den 15. September.

Zweiter Verhandlungstag. Nachmittagssitzung.

Kurz nach 3 Uhr eröffnet Vorsitzender Dorn die Verhandlungen wieder. Ein Begrüßungstelegramm des deutschen sozialdemokratischen Vereins in Kopenhagen ist eingegangen. Auf der Tagesordnung steht die Frage der

Maifeier.

Referent Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, daß ich durch meine heutige Rede Ihren ganz besonderen Beifall finden werde (Heiterkeit), vielleicht durch das, was ich sage, sicher durch das, was ich nicht sage. (Heiterkeit.) Denn über Wesen und Charakter der Maifeier brauchen wir nicht mehr zu sprechen. Darüber bestehen in Partei und Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheit. Wir müssen nur deshalb wieder über die Maifeier sprechen, weil der Essener Parteitag dem Parteivorstand den Auftrag gegeben hat, mit der Generalkommission über die Ordnung der Unterstützungen eine Einigung zu finden. Die Vereinbarungen, die da nun getroffen worden sind, haben sehr energischen und lebhaften Widerspruch gefunden. Da spitzt sich die Diskussion auf die Frage zu: Gibt es einen anderen zweckmäßigen Weg zur Lösung der Frage der Unterstützung der Opfer der Maifeier. Wir sagen, daß eine andere Lösung der Frage nicht möglich ist. Denn das ist eine Frage, deren Lösung nicht von unserem guten Willen und unseren Verstandeskräften abhängig ist, sondern von Verhältnissen, die außerhalb der Willensmeinung von Generalkommission und Parteivorstand liegen. Die radikalste Forderung ist natürlich die, daß die Unterstützungspflicht überhaupt aufgehoben werden soll. Denn durch die Unterstützung werde nur der ideale Charakter der Maifeier zerstört. Ich kann aber nicht einsehen, was die Maifeier gewinnen kann, wenn wir die Kampfesmutigsten und Opferwilligsten jedes Jahr auf dem Felde lassen. Wird wirklich die Begeisterung gestärkt, wenn man die Opfer wehrlos dem Gegner überläßt? Weiter sind viele Vorschläge gemacht worden, die Unterstützung aus den Zentralkassen geben zu lassen. Die Parteikasse nimmt alles in allem jährlich noch keine 600 000 Mk. ein. Da würde jede Maifeier die ganze Parteikasse sprengen. Die Sozialdemokratie ist eine politische Partei; ihr Geld braucht sie für politische Zwecke. Da kann sie ihre Kasse nicht zu einer Unterstützungsstelle für allgemeine Arbeiterkämpfe machen. Und so sehr stärken werden sie die Parteifinanzen auf diesem Parteitag nicht können, daß sie ausreichen zur Unterstützung der Maifeiernden. Aber auch die Zentralkassen der großen Gewerkschaften können die Unterstützung nicht leisten. Zunächst lehnen sie es ab, sich zu verpflichten für die Folgen von Beschlüssen, an deren Fassung sie nicht beteiligt sind. Aber weiter können sie auch nicht die Verantwortung für die Verwendung der Gelder den Unternehmern überlassen und diesen freistellen, durch große Maiaussperrungen die Gewerkschaften in ungünstigen Zeiten zu den größten Ausgaben zu zwingen. Überhaupt können auch die Zentralkassen der Gewerkschaften im Rahmen der jetzigen Beiträge nicht die Maiunterstützung tragen. Keiner Zentralkasse soll das Recht bestritten werden, die Mitglieder zu unterstützen, aber wir können nicht alle Kassen darauf verpflichten. Voraussetzung unserer Vereinbarung mit der Generalkommission ist ausdrücklich die würdige Begehung der Maifeier. Wir haben infolge des Beschlusses des Hamburger Gewerkschaftskongresses die Frage noch einmal gründlich geprüft. Aber wir sind zu keinem anderen Resultat gelangt. Nur der Satz, daß die Unterstützung erst von der 2. Woche an gezahlt wird, haben wir gestrichen, um auch dies den örtlichen Instanzen zu überlassen. Dennoch bitte ich Sie, alle Anträge auf erneute Prüfung dieser Vereinbarungen abzulehnen und die getroffenen Vereinbarungen anzunehmen; es sei denn, daß Sie uns neue praktische Vorschläge machen können. Aber wir haben auf dem Wege der Verständigung keine bessere Regelung finden können. Und das liegt nicht an unserem guten Willen und nicht an unserer Verstandesschärfe, sondern an der brutalen Tatsache: Geld, Geld und nochmals Geld. Es hat keinen Zweck, dem, der keinen Taler hat, zehnmal zu sagen, er solle doch nachschauen. Als wir in Paris auf dem internationalen Kongreß die Maifeier als Bekundung des internationalen Gedankens der Solidarität beschlossen, da haben wir die weite Tragweite dieses Beschlusses nicht vorausgesehen. Die Maifeier hängt in erster Linie ab von der geschäftlichen Konjunktur. In allen Zeiten des Niederganges haben wir dieselben Kämpfe, dieselben Schwierigkeiten gehabt wie jetzt. Zu allen Zeiten der industriellen Blüte aber ist die Maifeier gewachsen, und so wird es auch in Zukunft sein. (Beifall.)

In der Diskussion führt

Stubbe-Hamburg aus: Bei der Schaffung der Maifeier hat niemand an Unterstützungen gedacht. Jetzt werden wir sie aber schwerlich los werden. Lokal können aber die nötigen Mittel noch weniger aufgebracht werden als zentral. Darum erscheint mir die Einführung eines obligatorischen Beitrages für alle organisierten Parteigenossen und Gewerkschaften zur Maifeierunterstützung notwendig. Dieser einheitliche Beitrag brauchte nicht einmal groß zu sein. Nur durch ihn aber können wir die Maifeier energisch ausbreiten.

Rosa Luxemburg: Schon in Mannheim haben wir uns von dem dualistischen Verkehr der beiden organisatorischen Spitzen der Arbeiterbewegung wenig versprochen, und die beiden traurigen Proben, die Vereinbarungen über Maifeier und Jugendorganisation haben unsere Befürchtungen übertroffen. Wir haben uns auf allen Parteitagen mit der Maifeierfrage beschäftigt, wie das ihrer Wichtigkeit entspricht. Aber erst neuerdings ist die Unterstützungsfrage in den Vordergrund getreten. Die Unterstützungsfrage ist die Schlinge, in der die Maifeier erdrosselt werden soll. (Sehr wahr!) Auf diesem Wege gibt es, wie Fischer nachgewiesen hat, keine Lösung, die erlaubt, die Maifeier auszudehnen und zugleich die Opfer zu unterstützen. Nur die Ausdehnung der Maifeier ist der Weg zur Lösung. Denn eine große Zahl Maifeiernder macht die Maßregelungen unmöglich. Wenn sich die Masse der Arbeiterschaft mit voller Wucht dem Unternehmertum entgegenstellt, dann wagt es nicht, Maßregelungen vorzunehmen. Diese Erfahrung hat sich uns auf Schritt und Tritt bestätigt, in Warschau jetzt in den Zeiten des Stillstands der Revolution und der Krise wie in Berlin beim Holzarbeiterverband. Unabhängig von der Unterstützungsfrage muß die Maifeierfrage propagiert werden, nicht zaghaft messend, wie Parteivorstand und Generalkommission es in den letzten Jahren getan haben, sondern scharf und entschlossen. Gerade durch die falsche Vorsicht sind die Opfer und Maßregelungen vermehrt worden. Unsere Schwäche macht den Unternehmern Mut. Wir gehen schweren Kämpfen entgegen. Die Maifeier aber hat in Deutschland erst noch ihre große Zukunft und Bedeutung dafür. Propagieren wir sie darum rücksichtslos und mit aller Entschiedenheit. (Beifall.)

Adler-Kiel: Aufgeben können wir die Maifeier unter keinen Umständen. Denn das würde die Unternehmer zu neuen Vorstößen ermutigen, die uns viel mehr kosten würden. Darum müssen wir sie mit aller Kraft durchsetzen. Der Parteivorstand aber ist ratlos: Selbst der Maifeierspezialist Fischer (Heiterkeit.) sagt uns: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Darum sieht auch die Abmachung so aus, als ob Parteivorstand und Generalkommission die Maifeier abwürgen wollten. (Zustimmung.) Ich hätte mir denken können, daß die Gewerkschaften, die sechs- bis siebenmal so hohe Unterstützungen haben, die Unterstützung der Maifeiernden übernommen hätten, und daß die Partei die unterstützte, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht organisiert sind. Aber die Lasten gleich zu verteilen, war höchst unbillig. Die Parteileitung scheint überhaupt in den Verhandlungen mit der Generalkommission der schwache und der arme Mann gewesen zu sein, und da ist es ihm vielleicht garnicht so unangenehm, wenn wir energisch protestieren. Sonst kommt es schließlich noch so weit, wie Legien uns jüngst in Kiel sagte, daß wir nicht die Gewerkschaften desavouieren könnten, nachdem diese gesprochen haben. Man sagt ja, die Vereinbarungen sollten die Maifeier fördern. Wir in Schleswig-Holstein sind zu schwerfällig, um das zu begreifen. (Päplow: Wir können doch nicht für Eure Dummheit!) Nun, die Hamburger haben darin auch ein Hemmnis und nicht eine Förderung gesehen, wir sind also nicht die einzigen Dummen. (Hkt.) Die Abmachung läßt sich nicht ernsthaft durchführen, als gewissenhafte Leute können wir ihr also nicht zustimmen. Dann aber muß das Bremsen aufhören und wir müssen eine machtvolle Maifeier bekommen trotz Krise und Unternehmertum. (Lebh. Beifall.)

Nitsch-Magdeburg: Die Bremserlasse des Parteivorstandes haben Verwirrung allüberall im Lande verbreitet. Die Genossen sind überzeugt, daß die Maifeier vernichtet werden soll. Um die Wette bremsen nun seit 18 Jahren der Parteivorstand und die großen Gewerkschaften, voran der Metallarbeiterverband. So hat man allmählich jeden Idealismus zerstört. Wenn wir nicht endlich mit der Maifeier vorwärts gehen, dann machen wir endlich Schluß. Das wünschen die Massen draußen, sollen sie nicht endlich an der Leitung von Partei und Gewerkschaften verzweifeln. (Beifall.)

Seger-Leipzig: Die Abmachung kann unmöglich von dem ernsten Willen der Förderung der Maifeier getragen worden sein. Wenn die Gewerkschaften für große von ihnen nicht gewollte Streiks ungeheure Mittel aufwenden müssen, dann kann ich nicht begreifen, warum sie nichts aufwenden wollen für diese Demonstration. (Sehr wahr.)

Engler-Freiburg: Der Parteivorstand, so sagte man, soll ratlos sein. Aber die meisten seiner Gegner waren noch ratloser. Denn die Maifeier muß abgewürgt werden, wenn man sie als eine Unterstützungsfrage behandelt. Die Maifeier kann doch nur gesunden, wenn jeder selbst die volle persönliche Verantwortung übernimmt. Wir werden auch in Zukunft ohne Unterstützung feiern (Bravo!) und das verbietet keine Vereinbarung. (R. Fischer: Sehr wahr!) Wenn die Genossin Luxemburg gesagt hat, Aussperrungen kämen nicht vor, sobald alle Arbeiter feierten, so steht das auf der Höhe der anarchistischen Logik. Wenn morgen alle Arbeiter erklären, daß sie nur noch 8 Stunden arbeiten, so hätten wir den Achtstundentag. (Sehr wahr!) Leider sind wir noch nicht so weit, und darum müssen wir uns einstweilen helfen, indem wir die Unterstützungsfrage völlig aus der Maifeier ausschalten. (Beifall.)

Bleuel-Frankfurt a. M.: Partei- und Gewerkschaftsgenossen Frankfurts können es nicht begreifen, warum der Parteivorstand und die Zentralvorstände in der Maifeierfrage ständig bremsen. Wie unzufrieden die Genossen auch anderwärts sind, zeigen Ihnen ja die vorliegenden 18 Anträge, die alle die Abmachungen mißbilligen. Es geht nicht an, daß die Zentralinstanzen bequem alle Folgen der Maifeier von sich abwälzen auf die Lokalinstanzen. Wir verlangen eine energische Propagierung der Maifeier, mögen nun die Unterstützungen durch Extrabeiträge oder aus dem Lohn der am 1. Mai Arbeitenden aufgebracht werden. (Beifall.)

Zubeil-Charlottenburg: Die Maifeier hat unsere Erwartungen nicht erfüllt, weil wir an ihr 18 Jahre lang Pferdekuren gemacht haben. Jetzt erscheint die Maifeier ein verfehltes Unternehmen, und wir könnten nur noch aussprechen: Rückwärts, Rückwärts, hinweg mit der Maifeier! (Sehr wahr!) Die Abmachung ist uns ja gänzlich unannehmbar. Die Hoffnungen auf die Maifeier, die in Stuttgart noch einmal aufflackerten, sind jetzt ganz und gar begraben. Besser wir wagen den Schritt und räumen die Maifeier aus der Tagesordnung weg. Eine Blamage für die Partei ist sie heute schon. (Unruhe.) Adler sagte, wir könnten nicht vor den Unternehmern zurückweichen. Aber die ganze bürgerliche Welt ist unser Zurückweichen in der Maifeierfrage schon gewöhnt. Auch aus neuen Verhandlungen zwischen Partei und Gewerkschaften wird nicht das geringste Vernünftige herauskommen. Vielleicht könnten wir durch gänzliche Beseitigung der Unterstützung die Maifeier noch einmal galvanisieren, aber ich glaube überhaupt nicht mehr, daß sie überhaupt lebensfähig ist. (R. Fischer ruft: So beantrage doch, sie zu beseitigen!)

Robert Schmidt-Berlin: Die Gen. Luxemburg hat das dualistische Verhältnis von Partei und Gewerkschaften

---

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(52. Fortsetzung.)

Als das einfache Abendmahl beendet worden, räumte Frau Hohburg den Tisch ab, wusch die Blechbecher draußen am Bache ab und trocknete sie aus, rückte sich den einzigen, im Zimmer befindlichen Stuhl zum Tische und das Licht dicht an den Rand desselben, um ihre Näharbeit wieder vorzunehmen.

„Bist du müde, Lieschen, und willst Du schlafen gehen?" frug sie das Kind, das am Tische stand und ihr aufmerksam zuschaute.

„Nein, liebe Mama", sagte die Kleine, „ich will mich noch ein wenig zu Dir setzen, und Du erzählst mir dann wieder etwas von Deutschland und von Großmama, und von den großen, schönen Schulen, die dort sind, und den vielen kleinen Mädchen, die da hineingehen und so viele und hübsche Dinge lernen dürfen. Nicht wahr, Mama?"

Die Frau seufzte recht aus tiefster Brust, ließ ihre Arbeit in den Schoß sinken, winkte ihr Kind zu sich heran und küßte, es leise an sich pressend, dessen Scheitel.

„Aber Du mußt nicht weinen, Mama", sagte die Kleine bittend, als sie eine heiße schwere Träne auf ihre Stirn niedertropfen fühlte. „Der Vater wird schon wiederkommen und Dich recht lieb haben. Er schlägt Dich gewiß nicht mehr. Du bist ja so brav und arbeitest so viel — in einem fort, Tag und Nacht fast."

„Sei ruhig, mein Kind, sei ruhig", bat die Mutter, die Kleine fester an sich pressend; „Du brichst mir — Du brichst mir das Herz. Komm, ich will Dir erzählen. Hol' Dir Dein kleines Holzbänkchen vor und setze Dich hier neben mich."

„Und wann wird der Vater wiederkommen, Mama?"

„Ich weiß es nicht, mein Lieschen, wenn er noch lebt, wohl recht bald."

„Gewiß wird er noch leben!" rief die Kleine, rasch zur Mutter aufschauend. „Ich habe ja doch alle Abende für ihn beten müssen, und Du hast mir gesagt, daß der liebe Gott das Gebet der Kinder erhöre."

„Ja, er wird wiederkommen, mein Lieschen," rief die Mutter, jetzt nicht mehr imstande, die vorquellenden Tränen zurückzuhalten, „und wird uns beide lieb, recht lieb haben. Er ist ja nur fortgegangen, um Geld für uns zu holen, daß wir wieder zur Großmama kommen können."

„Und Großmama hat uns recht lieb, nicht wahr, Mama?"

„Ja, ja, mein Kind," flüsterte die Frau, „recht, recht lieb. Und dort wird Lieschen dann in eine schöne große Schule gehen, mit anderen kleinen Mädchen, und in einem weichen, warmen Bettchen schlafen, und warme hübsche Kleider tragen, und viel, recht viel lernen."

„Ach, wie freue ich mich darauf. Mama, wenn nur der Vater recht bald das Geld brächte! Und nicht wahr, Mama, dann bekommst auch Du gute und warme Kleider, und arbeitest nicht mehr so viel und wir wohnen nicht mehr ganz allein im Busch drin wie hier."

„Geh hinaus, mein Herz", sagte jetzt die Mutter, die einen Augenblick allein zu sein wünschte, um sich zu sammeln, „und hole mir einen Trunk frisches Wasser, aber nimm Dich in acht, daß Du nicht fällst."

„Der Mond scheint ja, Mama", sagte Lieschen, die, der Bitte rasch gehorchend, einen Blechbecher nahm und der Tür zusprang, „ich kenne ja doch unsern Wasserplatz."

Das Kind lief hinaus, der Mutter den frischen Trunk zu holen, und diese blieb indes, das sorgenschwere Haupt in die Hand, den Ellbogen auf den Tisch stützend, zurück, und schaute, während die Arbeit im Schoße ruhte, still und traurig vor sich nieder.

Aber Lieschen hätte schon zurück sein können, war es ihr auch doch fast, als ob sie draußen die Stimme von Sprechenden gehört. Sie richtete sich rasch und erschreckt empor und horchte nach dem verhangenen Fenster hinüber; draußen sprach eine Mannsstimme, und das Kind antwortete. Als sie rasch nach der Tür wollte, kam ihr Lieschen schon entgegen.

„Mit wem sprachst Du, Lieschen, wer war draußen?"

„Ein armer Mann, Mama, der hungrig ist und mich um ein Stück Brot gebeten hat."

„Ein armer Mann?" fragte Frau Hohburg erstaunt, denn Bettler gab es in der Kolonie gar nicht, „und hast Du ihm nicht gesagt, daß er nach dem Gasthause gehen solle?"

„Ja, Mama, aber er meinte, er habe kein Geld und er frug mich auch, ob der Vater nicht zu Hause sei und ob er die Nacht hier schlafen könne."

Die Frau schüttelte mit dem Kopfe, nahm aber das Brot wieder aus dem Kasten und schnitt ein Stück davon ab.

„Bleib hier, Lieschen, bis ich zurückkomme," sagte sie, indem sie damit der Tür zuschritt, „setze den Becher nur dort auf den Tisch, ich bin gleich wieder bei Dir."

Sie öffnete die Tür und trat vor die Hütte. Wenige Schritte davon, auf einem dort vor langen Zeiten umgeschlagenen Gumbaume, saß die zusammengebeugte Gestalt eines Mannes, einen alten Strohhut auf dem Kopfe, die Arme über die Kniee und den Kopf darauf gelegt.

„Hier, Freund, ist Brot für Euch," sagte die Frau in englischer Sprache zu ihm, „seid Ihr krank?"

„Ich glaube — ja," antwortete der Mann, der sich, als er die Stimme hörte, aufrichtete und dankend das Brot nahm, „wie Blei liegt es mir in den Gliedern und ich kann kaum noch fort. Hättet Ihr nicht eine Stelle hier für mich, wo ich schlafen könnte?"

Die Frau sah ihm in das zu ihr aufgewendete bleiche bärtige Gesicht.

„Wie heißt Ihr?" frug sie mit leiser, zitternder Stimme, ohne seine Frage zu beantworten.

„Miller," sagte der Mann, „ich komme weit aus dem Busche."

Die Frau stieß einen tiefen Seufzer aus und sagte dann:

„Es tut mir leid, Freund, ich kann Euch nicht hier behalten. Ich wohne hier allein mit meinem Kinde, und habe kaum Bettzeug für mich selber. Das Gasthaus ist aber wenig mehr als eine Meile entfert. Wenn Ihr scharf zugeht, könnt Ihrs in einer halben Stunde recht gut erreichen. Schon eine Viertelstunde Wegs von hier findet Ihr andere Häuser.

„Ich dank Euch," sagte der Mann, indem er langsam von dem Holze aufstand, den Hut abnahm und sich die wirren Haare mit der Hand aus dem Gesicht strich, „aber so weit zu gehen bin ich heute abend nicht mehr imstande, da werd' ich mich unter einen Baum legen. Habe manche lange Nacht schon im Busche geschlafen."

Er setzte den Hut wieder auf und wandte sich ab.

„Ihr seid kein Engländer", sagte die Frau und ihre

bedauert. Das glaube ich ihr; sie inkliniert eben mehr für Skandal als für Vertragen. (Unruhe.) Organisationen wie die Gewerkschaften können sich mit dem Parteivorstand natürlich nur auf der Grundlage der Koordination, nicht der Subordination verständigen. Daran halten wir auch heute fest. Wollten wir die Maifeier beiseitigen, so könnten wir Rosa Luxemburg zustimmen. Aber wir haben uns ehrlich dem Willen der Parteigenossen gefügt und stellen nur das eine fest: daß kein verständiger Gewerkschaftler den Arbeitern zumutet, sich ohne Unterstützung aussperren zu lassen. Nun sagt die Gen. Luxemburg: Wenn alle Arbeiter feiern! Ja, wenn! Wenn der Himmel einfällt, sind alle Spatzen tot. (Heiterkeit.) Wir haben eben noch die vielen Indifferenten, Christlichen und Gelben. Wir können den Arbeitern gar nicht zumuten, ohne Unterstützung zu feiern; denn dazu sind sie ja organisiert. Ich wäre der Gen. Luxemburg sehr dankbar, wenn sie einmal nach Berlin käme und bei unseren Holzarbeitern den Verzicht auf Unterstützung durchsetzte. (Heiterkeit.) Früher wurde den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie keine Unterstützungen zahlen wollten. Jetzt plötzlich will man ganz ohne Unterstützung den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. Wie es doch wirkt, daß Sie die Verantwortung mittragen sollen. Aber Sie können sich nicht mit billigen Ausreden Ihrer Verantwortung entziehen. Auch die Berliner Holzarbeiter hatten in diesem Jahre mehr wie 1000 Ausgesperrte, bis zu 20 Wochen Arbeitslohn und 70 000 Mk. hat uns das gekostet. (Hört, hört!) Über die Vorgänge in der russischen Gewerkschaftsbewegung hat uns Gen. Luxemburg schon früher ganz falsche Darstellungen gegeben, als sie uns erzählte, die russischen Buchdrucker hätten den Achtstundentag, was wollten da wir! (Sehr gut!) Eine Genossin von der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Bildung der Genossin Luxemburg hat da einfach die Tatsachen verwischt und einen kleinen Augenblickserfolg übertrieben. Heute ist — leider! — die russische Gewerkschaftsbewegung zertrümmert und wir können diese Bewegung, die im revolutionären Sturm emporwuchs, nicht vergleichen mit der ruhigen und stetigen deutschen Gewerkschaftsbewegung in ihrem langsamen Fortschritt, die nicht anders ist, weil die Verhältnisse nicht anders sind. Generalkommission und Parteivorstand haben nicht die Absicht gehabt, die Maifeier zu erdrosseln, aber ihre Abmachung sollte an ihr Verantwortlichkeitsgefühl appellieren, das sie nicht nur in Reden, sondern auch in Taten zeigen müssen! (Lebh. anhaltender Beifall.)

Pick-Bremen: Als ich gestern von dieser Stelle das Treiben gewisser Genossen kennzeichnete, die die Arbeiterschaft systematisch vom rechten Wege abzulenken suchen, wurde mir Unverschämtheit zugerufen, besonders als ich die Masse aufforderte, ihnen die Tür zu weisen. Parteigenossen! Sie haben jetzt eine andere Unverschämtheit gehört (Unruhe): Ein Gewerkschaftsführer, der an erster Stelle steht, hat der Genossin Luxemburg den Vorwurf gemacht, daß sie einen Skandal provozieren, nicht eine Verständigung herbeiführen wolle. Einen schwereren Vorwurf kann man einer Genossin, die ihr Leben für die Arbeiter in die Schanze geschlagen hat, kaum machen. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Ich fühle nicht die Verpflichtung in mir, die Genossin Luxemburg zu verteidigen (Große Heiterkeit), aber ich wollte doch einmal den Ton jener Leute kennzeichnen. (Stürmische Unterbrechungen: Leute?? Genossen!! Zurufe: Unverschämtheit! Gehen Sie doch in die Schule!) Ich nehme den Ausdruck „Leute" zurück, aber ich versichere zugleich, daß ich vor den Genossen, die ich kennzeichnen wollte, nicht die geringste Achtung als Parteigenossen habe. (Stürmische Unterbrechungen und anhaltende Unruhe. — Vors. Dorn: Ich bin genötigt, den Redner zur Ordnung zu rufen, wenn er so fortfährt. — Andauernde Unterbrechungen. Zurufe: Parteischüler! Echte Bildung! — Vors. Dorn: Ich habe den Redner zur Ordnung gerufen, damit ist die Sache erledigt.) Ich will nur sagen, daß ich derartige Ausführungen nicht in der Parteischule gelernt habe. (Schallende Heiterkeit.) Ich habe schon, bevor ich in die Parteischule ging, in dieser Art polemisiert. (Ironischer Beifall und Heiterkeit.) Zur Sache legt der Redner dar, daß die Unterstützung lediglich Sache der Gewerkschaften sei, die Beiträge zu diesem Zweck erheben. Es sei falsch, zu sagen, daß die Maifeier ohne Unterstützung möglich sei, falsch aber auch, auf die Maifeier überhaupt verzichten zu wollen. Wenn die Maifeier noch nicht genügend Ausbreitung gefunden habe, so liege das an dem Widerstand der Gewerkschaften. Dabei hätten gerade sie die Pflicht, dieses wuchtige von den Unternehmern so gefürchtete Agitationsmittel zu benutzen.

Simon-Nürnberg: Die Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission haben in uns allen schmerzliche Gefühle erweckt. Mit dem Rechenstift in der Hand kann die Frage der Maifeier nicht gelöst werden. Erst jetzt fangen die Unternehmer an, die maifeiernden Arbeiter auszusperren, da deren eigene Führer die Arbeitsruhe nicht mehr wünschen. Es ist ganz verkehrt, immer zu fragen, ob wir auch stark genug sind; die Welt hat sich geradezu umgedreht. Weil wir stark geworden sind, fühlen wir uns schwach; solange wir schwach waren, machten wir uns stark. Sehen Sie doch nur auf die Größe unserer Partei- und Gewerkschaftsbewegung! Sind wir wirklich schwach? (Lebh. Beifall.)

Lipinski-Leipzig: Fischer hat gesagt, daß wir an dem Abkommen von Parteivorstand und Generalkommission nichts ändern könnten. Eine solche Kabinettspolitik ist mit Parteistatut und Parteitradition unvereinbar. (Sehr wahr!) Der Parteivorstand hätte überhaupt diesen Auftrag nie bekommen, wenn die Gewerkschaften uns in Stuttgart nicht überrumpelt hätten. Die Gewerkschaften wollen sich in ihrer Ruhe nicht durch die Arbeitsruhe am 1. Mai stören lassen, und der Parteivorstand ist ihnen nicht gleichberechtigt, sondern ganz in ihrem Schlepptau. Weil hinter diesem Abkommen der Wunsch steht, die Arbeitsruhe zu beseitigen, darum können wir es nie und nimmer annehmen. (Beifall.)

Honrath-Aachen: Ich begrüße die Vereinbarung als ersten Schritt, die Durchführung der Maifeier und die Regelung der Unterstützungsfrage in geordnete Bahnen zu leiten. In der Gegenwart mit ihren Tarifverträgen und Unternehmerorganisationen ist auch die Maifeier eine andere geworden wie früher. Wir haben die Pflicht, der Wahrheit ins Auge zu schauen.

Klopsch-Dortmund: Ohne Unterstützung ist die Maifeier unmöglich. Aber diese Unterstützung könnten wir sehr gut aufbringen, wenn die Partei allgemein einen Extrabeitrag für die Maifeier einführte. Die Parteiangestellten sollten ihre Einnahmen am 1. Mai ebenfalls an die Parteikasse abliefern. (Zustimmung.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Das Schlußwort erhält

Richard Fischer: Der Gedanke der Maifeier ist noch niemals so geschädigt worden wie durch die Übertreibungen, die heute in der Diskussion vom Stapel gelassen wurden. (Sehr wahr!) Was sollen Fernstehende denken von den Anwürfen, mit denen Sie die Parteileitung bedacht haben, dieselben Leute, die Sie übermorgen wahrscheinlich einstimmig wiederwählen! (Sehr gut!) So kann nur jemand sprechen, der ganz ohne Verantwortlichkeitsgefühl ist. Ich habe Zubeil um den Eifer der Jugend beneidet. Ich hätte nur gewünscht, daß er auch sein Alter zu Rate gezogen und sich gefragt hätte: was wird die Welt draußen sagen, wenn ich so daher rede, ich, einer der ältesten Genossen! Wenn gesagt worden ist, daß die Gewerkschaften leiden unter dem Unterstützungsballast, so sind das Redensarten, die wir uns längst an den Schuhsohlen abgelaufen haben. Gerade durch die Unterstützungen und die hohen Beiträge haben die deutschen Gewerkschaften sich zu der jetzigen Blüte entwickelt und wer von Ballast redet, hat überhaupt keine Ahnung vom Gewerkschaftswesen. Lipinski will ich nur darauf aufmerksam machen, daß eine zweiseitige Vereinbarung niemals einseitig gemacht werden kann. Wir haben den Auftrag, den der Essener Parteitag uns gegeben hat, treu und ehrlich zu erfüllen gesucht. Aber vielleicht hat der Parteitag dem Parteivorstand einen Auftrag gegeben, von dem er ehrlich einen Erfolg nicht erwarten konnte. Dann soll man aber jetzt nicht, nachdem wir 20 Jahre lang mit aller Kraft für die Maifeier agitiert haben, sagen, wir wollten die Arbeitsruhe abwürgen. Daß wir schwach geworden sind, ist nur eine Redensart, die tönt, aber es steckt nichts dahinter. Man hat gesagt, die Abmachungen hätten in diesem Jahre die Maifeier ruiniert. Aber die Maifeierbegeisterung läßt sich nicht auf Flaschen ziehen und am 1. Mai losknallen, sondern hängt ab von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und der Stellung der Gegner. In Offenbach hat z. B. der Ordnungsklüngel eine ganz neue Situation geschaffen. Wenn Berlin und Hamburg behaupten, die lokalen Unterstützungen nicht aufbringen zu können, so glaube ich das nicht. Wenn eine Mitgliedschaft zu Boden geschlagen wird, helfen wir natürlich. Man versündigt sich geradezu an der Partei, wenn man sagt, daß die Maifeier zu Grunde gehen muß, wenn die Unterstützungen lokal geordnet werden. Rosa Luxemburg hat uns wieder nach Rußland gewiesen. Aber was in Warschau notwendig ist, kann in Deutschland schädlich sein, und was in Warschau vielleicht die einzige Möglichkeit ist, von der Arbeiterschaft Kunde zu geben, kann die Arbeiterbewegung in Deutschland auf ein Jahrzehnt lahmlegen. Die Maifeier ist uns keine Heerschau und keine Kraftprobe mit Regierung und Unternehmertum, sondern eine Demonstration für Arbeiterschutz und Achtstundentag. So oft Unternehmer und Regierung es zur Kraftprobe machen wollten, haben wir dankend abgelehnt. Unsere Machtprobe ist die Wahlagitation, wo die Massen einigermaßen gleich sind, aber nicht der wirtschaftliche Kampf, bei dem alle Waffen in der Hand des Unternehmers sind und wir nur den elenden Flederwisch eines polizeilich überwachten Koalitionsrechts haben. Wenn wir einst den letzten großen Kampf auf wirtschaftlichem Boden führen, so werden wir den Mut dazu haben. Aber deshalb braucht man uns heute nicht eine Sache zu verkleinern, an der wir seit 20 Jahren mit Energie und Begeisterung gewirkt haben. (Lebh. anhaltender Beifall.)

Zur Abstimmung gelangt zunächst die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Sie hat folgenden Wortlaut: „Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die aus gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisationen ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tag als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrung Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen."

In der Abstimmung werden Absatz 1, 2 und 5 mit großer Mehrheit angenommen, Absatz 3 mit 191 gegen 122 Stimmen, Abs. 4 wird abgelehnt. Die ganze Vereinbarung (ausschließlich Abs. 4.) wird gegen die Stimmen des Parteivorstandes und einzelner Genossen angenommen und mit derselben Mehrheit dem Parteivorstand der Auftrag gegeben, neue Verhandlungen mit der Generalkommission einzuleiten. Mehrere Anträge, die eine noch intensivere Agitation für die Maifeier wünschen als bisher, werden angenommen. Ebenso ein Antrag Frankfurt, daß wer am 1. Mai arbeitet, einen Tagelohn an die Maifeierkasse abzuliefern hat.

Bömelburg-Hamburg (zur Geschäftsordnung): Es fragt sich nur noch, was inzwischen geschehen soll bis eine neue Vereinbarung zustande kommt. Lassen wir so lange die getroffene Vereinbarung bestehen? (Heiterkeit.)

Fischer-Berlin: Solche Schlußfolgerung ist ganz unmöglich. Es ist keine Vereinbarung zustande gekommen, also gilt auch keine.

Der Parteitag stimmt der Auffassung Fischers zu. Die Weiterverhandlungen werden auf Mittwoch vorm. vertagt.

* * *

3. Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

C. B. Nürnberg, den 16. September 1908.

Vorsitzender Singer eröffnet die heutige Sitzung mit der Bekanntgabe des Sieges des Genossen Binder in Ludwigshafen bei der Reichstagsersatzwahl für den Genossen Ehrhart. (Stürmischer Beifall.)

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung, in die Verhandlung über die Frage der Budgetbewilligung in den Parlamenten ein.

Ein von Böhle-Straßburg gestellter Geschäftsordnungsantrag, außer einem Badenser und einem Bayern auch einem Württemberger mit unbeschränkter Redezeit das Wort zu geben, da in der Resolution der Parteileitung auch den Württembergern ein Mißtrauensvotum ausgestellt wird, wird angenommen.

Das Wort als Referent erhält

Bebel: Der Beifall, den die Bekanntgabe des Ludwigshafener Wahlresultats hier entfesselt hat, wird hoffentlich zur Beruhigung in den Debatten hier beitragen. Zeigt doch das Wahlresultat, daß die Partei marschiert und daß wir alle Kräfte in gemeinsamer Arbeit einzusetzen haben. (Beifall.) Die Frage der Budgetbewilligung hat uns schon zweimal beschäftigt. Leider muß sie heute noch einmal aufgerollt

---

Stimme klang hohl und heiser. Es war, als ob sie die Worte nur mühsam über die Lippen brachte.

„Nein," sagte der Mann, „aus einem anderen Lande."

„Ihr seid ein Deutscher — Euer Name," fuhr sie heftiger fort, „ist auch nicht Miller."

Erstaunt drehte sich der Fremde nach ihr um, als sie auf ihn zutrat, ihn am Handgelenk ergriff und nach der Tür der Hütte zog.

„Nicht Miller?" rief der Angeredete erstaunt, fast erschreckt — „und Ihr?" Aber die Frau antwortete ihm nicht. Mit zitternder Hand zog sie ihn hinein, unter den dunkeln Bäumen fort an das Licht, das auf dem Tische brannte. Hier drehte sie sich rasch nach ihm um und schaute ihm wenige Sekunden mit stierem forschenden Blick ins Angesicht. Plötzlich ließ sie seinen Arm los, barg ihr Gesicht in den Händen und sank laut schluchzend an dem Stuhle in die Kniee.

„Louise!" rief da der Fremde und mußte sich selber an dem Tische aufrecht halten; „mein Weib — mein Kind!"

Die Frau antwortete nicht. Wie krampfhaft lag sie über den Stuhl gebeugt, ihr ganzer Körper zitterte wie im Fieberfroste; vor Schluchzen konnte sie kein Wort über die Lippen bringen.

„Ist das der Vater, Mama, der uns das Geld bringen wollte, um zur Großmama zurückzugehen?" rief die Kleine, die sich schüchtern in die Ecke und an das Bett gedrängt hatte.

Niemand antwortete ihr. Vernichtet, in sich zusammengebrochen, stand Miller — oder Hohburg, wie wir ihn jetzt nennen müssen — noch zwischen der Tür und dem Tische, und blickte mit stieren, glanzlosen Augen auf das Bild des Jammers und herzzerreißenden Leides nieder, das vor ihm am Boden kniete — auf sein Weib. Tränen hatte er nicht, aber sein Gesicht war bleich wie das einer Leiche; die Augen lagen ihm starr und glanzlos in den Höhlen, seine Lippen zitterten, seine ganze Gestalt bebte vor innerer Aufregung, vor Scham, Reue und Zerknirschung, er wagte nicht einmal die Arme nach dem Kinde auszustrecken.

Viele Minuten dauerte diese Stille in dem öden Hause, die nur durch das leise, krampfhafte Schluchzen der Frau und das schwere Atmen des Mannes unterbrochen wurde. Diesen aber verließen endlich die Kräfte. Erschöpfung, Hunger und Aufregung vereinigten sich bei ihm in ihren Folgen; die Glieder versagten ihm den Dienst, der Kopf schwindelte ihm, und zu der Wand taumelnd, griff er sich am Fenster nieder, kauerte dort am Boden, und barg das Antlitz auf seinen Knieen.

Da endlich ermannte sich die Frau zuerst. Sie stand auf und heftete ihren Blick wohl eine Minute lang fest und ernst auf die zusammengebrochene Gestalt des Gatten, aber sie sprach kein Wort. Auch in dem Ausdruck ihrer Züge war nicht zu erkennen, was ihre Seele jetzt bewegte — nicht Haß, nicht Schmerz, nicht Mitleid, nicht Liebe lag in den tränenfeuchten Augen, auf der weißen Stirn. Dann, als ob ein fester Entschluß ihre Nerven gegen jeden weiteren Schlag gestählt, wandte sie sich nach dem Kinde, schritt auf die noch ängstlich in der Ecke stehende Kleine zu, nahm sie in ihre Arme, küßte sie und sagte mit leiser, aber freundlicher Stimme:

„Komm, mein Kind, es ist spät geworden, und Du magst zu Bett und schlafen gehen."

„Ist das der Vater, Mama?" flüsterte die Kleine ihr leise und schüchtern in das Ohr, „für den ich zu Gott alle Abende gebetet habe, daß er ihn zu uns zurückführen möge?"

„Ja, mein Kind!" hauchte die Frau mehr, als sie die Worte sprach.

„Ist er krank, Mama? Er sagte mir vorhin, er sei hungrig und habe kein Geld, sich Brot zu kaufen."

Die Mutter wandte den Kopf zur Seite und holte Atem aus tiefster, angstgepreßter Brust. Sie wollte antworten, aber sie konnte es nicht; es schnürte ihr die Kehle zusammen, und keinen Laut brachte sie über die Lippen.

„Und darf ich nicht zu ihm gehen und ihn küssen, Mama?" bat das Kind, indem es sein Köpfchen an der Mutter Wange legte. „Er ist so traurig und so krank — der arme Papa!"

„Geh zu ihm, mein Lieschen, geh zu ihm," sagte die Mutter, die Kleine auf die Erde niedersetzend, und regungslos blieb sie selber dabei stehen und folgte nur dem Kinde mit den Augen.

Leise und schüchtern schritt dieses über den Boden hin dem Vater zu, der in derselben Stellung noch verharrte. Zweimal blieb es stehen und schaute sich nach der Mutter um; dann trat es langsam zu dem Vater hin, legte sein kleines Händchen auf dessen Schulter, und flüsterte scheu und bittend:

„Papa!"

„Der Mann fuhr empor, als ob das leise Wort ein Dolchstich gewesen wäre; der Hut war ihm vom Kopfe gefallen, und mit beiden Händen strich er sich die feuchten, wirren Haare aus der Stirn.

„Mein Kind," sagte er, „mein liebes, liebes Kind!"

„Die Mutter hat gesagt, ich soll zu Bette gehen," flüsterte jetzt die Kleine — „gute Nacht, Papa, ich will für Dich beten, daß Du wieder gesund und froh wirst, und nicht mehr zu weinen brauchst, Mama wird Dir auch etwas zu essen geben. Du darfst nicht hungrig sein, sonst weinte Lieschen die ganze lange Nacht."

„Mein Kind!" sagte der Mann, und Tränen erstickten seine Stimme. Er nahm des Kindes Hand, er wollte es an sich ziehen, aber er wagte es nicht und bedeckte die kleinen Händchen mit seinen Küssen. Ruhig ließ es die Kleine geschehen, dann aber legte sie das Ärmchen um den Hals des Vaters, küßte seine Lippen, sagte noch einmal leise „gute Nacht", und blieb still und regungslos in seinen Armen, als er sie an sich drückte und fest, fest umschlungen hielt.

„Du tust mir weh, Vater," bat das Kind.

„Gute Nacht, mein Lieschen, gute Nacht, mein Kind, schlaf wohl und sanft, und Gott segne und schütze Dein liebes Haupt!"

„Ja, Papa, schlaf recht wohl, die Mutter wird schon ein Bett für Dich machen."

Seine zitternden Hände ließen die Kleine los, die zur Mutter zurücklief, um von ihr, wie alle Abende, zu Bett gebracht zu werden. Über das Lager hinüber bog sich dann die Frau, betete mit der Kleinen und küßte ihr die müden Augenlider zu, und saß und wachte bei ihr, bis der Schlaf sie in die Arme nahm. Dann stand sie leise auf, putzte das Licht, das auf dem Tische stand und trübe, mit herunterhängendem Docht flammte und brannte, und deckte auf's neue den Tisch. Die weiße Serviette legte sie auf, sowie ihr Messer und ihre Gabel; das Brot trug sie dann herbei, füllte den Blechbecher mit Milch, und nahm aus dem Koffer einen zinnernen Teller mit kaltem Fleisch — ihr Mittagsmahl für den morgenden Sonntag.

(Fortsetzung folgt.)

werden. Diesmal hat sich noch eine stärkere Erregung in der Partei gezeigt, weil die Genossen durch die Nachricht überrascht wurden, daß schon vor Monaten die Süddeutschen sich verständigt hatten, diesmal die Budgets zu bewilligen. Man hat diese Verständigung als Pronunciamento gegen Parteibeschlüsse aufgefaßt. Daher die Zornesausbrüche. Ich stehe nicht an zu erklären, daß in der Diskussion von hüben und drüben die schärfsten und teilweise ungerechtesten Angriffe erhoben worden sind. Ich will mich nicht länger damit beschäftigen, weil es unsere Zeit unnütz in Anspruch nehmen könnte. Der Lübecker Beschluß war ein Kompromiß; ich selbst schlug es vor, weil ich mich überzeugt hatte, daß gewisse zwingende Fälle die Bewilligung des Budgets notwendig machen könnten. Als Beispiele führte ich an die Vermeidung eines schlechteren Etats durch Annahme eines besseren, und die Gestaltung des Etats durch sozialdemokratische Mehrheit. Es könnte vielleicht noch andere Fälle geben, die ich damals übersehen habe. Aber ich bestreite mit aller Entschiedenheit, daß in Baden oder Bayern ein solcher Fall gegeben war. Die badischen Genossen haben in der Kammer eine Erklärung abgegeben, in der sie die schärfste Kritik an dem volksfeindlichen Treiben der badischen Regierung — Fall Schäufele! — übte und dann wegen der ausgeworfenen höheren Gehälter der Beamten und Arbeiter den Etat annahm. Logisch war das nach dieser Kritik nicht! Die Annahme des Etats gilt überall im parlamentarischen Leben als Vertrauensvotum (Sehr wahr!) und verliert diesen Charakter auch durch die dazu gegebenen Erklärungen unserer badischen Fraktion nichts. Nun sagt man, wir hätten doch nicht den Beamten und Arbeitern die Gehaltserhöhung verweigern können. (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Ja, was fällt Euch denn plötzlich ein! Habt Ihr denn die letzten 14 Jahre hindurch etwa den Staatsarbeitern und Beamten die Gehälter vorenthalten wollen. Schon in der Konfliktszeit haben die Freisinnigen erklärt, daß die Budgetverweigerung sich nicht gegen die unteren Beamten richtet, sondern gegen die leitenden Staatsmänner. Unser ganzes Streben geht doch darauf hinaus, die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung zu untergraben und bessere und vernünftige Zustände herbeizuschaffen. Alle Regierungen aber **haben** die Aufgabe, Staat und Gesellschaftsordnung gegen jeden Angriff von sozialdemokratischer Seite zu verteidigen, und deshalb können wir ihr kein Budget bewilligen. (Lebh. Zustimmung.) Wie kam es denn, daß die Einzelstaaten plötzlich den Unterbeamten und Arbeitern Gehaltserhöhungen bewilligen m u ß t e n. Das ist einfach die Folge des Hungertarifs. (Lebh. Zustimmung.) In den Hottentottenwahlen hatte man sie versprochen, um sie gegen uns einzunehmen. Da war jetzt die Verpflichtung der Regierung dazu einfache verdammte Pflicht und Schuldigkeit. (Leb. Zustimmung.) Aber die Gehaltserhöhungen werden auch durch neue Steuern von den Arbeitern aufgebracht werden, und so werden die Arbeiter doppelt gepeitscht. (Sehr wahr!) Es scheint mir überhaupt, als ob unsere Genossen sich zu sehr eingeengt und den weiten Blick verloren haben. Es läßt sich doch die Reichspolitik von der der Einzelstaaten nicht trennen. Alle deutschen Regierungen haben die Militär-, Marine- und Kolonialpolitik mitgemacht und keine hat gegen die Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse, Zuchthaus- und Umsturzvorlage protestiert. (Widerspruch. Segitz ruft: Bayern 1899 gegen die Zuchthausvorlage!) Auch deshalb verdiente sie noch kein Vertrauensvotum. (Sehr wahr!) Es geht nicht an, die Regierung zu teilen in eine schwarze Seele in Berlin und eine weiße in Süddeutschland. Der Fall Schäufele war ein Faustschlag ins Gesicht der badischen Arbeiterklasse, und mit Recht hat Kolb damals erklärt, daß nach solchem Vorgang die Zustimmung zum Etat unmöglich sei. Und wie hat die badische Regierung unsere internationale Zusammenkunft in Konstanz vor 3 Jahren behandelt. Aber nun sagt man, daß die innere Lage in Baden diese Politik unserer Genossen notwendig macht. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob unsere Genossen in Baden die richtige Politik haben. Auch ohne Bündnis wären sie wohl in ihrer ausschlaggebenden Stellung zwischen dem Zentrum und den Liberalen geblieben. (Kolb: Sehr zweifelhaft!) Jedenfalls ist das eine Doktorfrage, und es wäre noch schöner, wenn wir auf solche Konjekturpolitik unsere ganze Taktik änderten. In Bayern scheint sich übrigens unsere Fraktion mit der Zentrumsmehrheit ganz gut zu stehen. (Heiterkeit.) In Baden dagegen hat man einen Horror vor der Zentrumsmehrheit. In Baden aber hat man schon dadurch, daß man den alten Großherzog zu Grabe geleitete, ein neues Bündnis mit den Liberalen vorbereitet. Wenn man mit derartigen Mitteln politische Eroberungen machen will, dann hört man auf Sozialdemokrat zu sein. Wer so, wie in Baden geschah, eine ganz andere grundlegende Taktik fordert, der ist überhaupt kein Sozialdemokrat mehr! Und währenddem wir in Baden und Bayern mit den bürgerlichen Parteien paktieren, fallen in Hessen die Nationalliberalen und das Zentrum gemeinsam über uns her. Geck, der sich weigerte, zur Beerdigung des Großherzogs zu gehen, hat man die Vizepräsidentschaft entzogen. Ganz gut! Der Minister v. Bodmann sagte dabei, es müsse ein prinzipieller Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den Mitgliedern der bürgerlichen Parteien gemacht werden. Das war eine moralische Ohrfeige, und ich bin äußerst erstaunt, daß unsere Parteigenossen nicht dieselbe Manneswürde und dieselbe Energie gezeigt haben. (Sehr wahr!) Was nun Bayern angeht, so hat man außerdem auf den Ausbau der Eisenbahnen und der Wasserkräfte hingewiesen. Das sind doch aber einfache Notwendigkeiten auch für den bürgerlichen Staat. Das kann doch niemals eine Grundlage für die Budgetbewilligung sein. Die Reform des Wahlrechts! Auch die habt Ihr nicht aus eigener Kraft erreicht, sondern mit Hilfe des Zentrums durch die Konstellation der Parteiverhältnisse. In Preußen sind die Verhältnisse vielleicht ganz anders: da werden wir das gerechte Wahlrecht vielleicht erst erobern, wenn wir m e h r als das allgemeine Wahlrecht erobern können. (Sehr wahr!) Da haben wir das mächtige Junkertum im Osten, die ungeheure Kraft der Bourgeoisie im Westen. Da haben wir keine bürgerliche Partei, die für das Wahlrecht eintritt, auch das Zentrum nicht. (Sehr wahr!) Auch hier in Bayern habt Ihr für das Wahlrecht einen hohen, nicht einen zu hohen Preis gezahlt. Aber Ihr habt nicht solche Kämpfe zu führen gehabt, wie wir in Preußen schon jetzt zu führen hatten. Denn in so leichter Weise wie bei Euch in Süddeutschland kommen wir nicht zum gleichen Wahlrecht, da wird Kopf und Kragen daran gesetzt werden müssen. (Lebh. Zustimmung.) Denn die Verhältnisse marschieren nicht nach unseren Wünschen, sondern wir müssen uns nach ihnen richten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Die ganze jetzige Sozialpolitik in Bayern ist doch nur die Folge der Konkurrenz zwischen Liberalen und Zentrum. Aber wie habt Ihr die Etats des Kultus annehmen können?! (Sehr gut!) Da ist doch das Zentrum die kulturrückständigste Partei. (Sehr wahr!) Da ist der Fall des Lehrers Beyl, der doch allein eine solche Zustimmung unmöglich machen sollte. Und wenn ein Minister gesagt hat, die bayrischen Beamten könnten ungehindert auch sozialdemokratischen Vereinen angehören, so hat der Ministerpräsident v. Podewils gerade im Gegenteil gesagt, daß die sozialdemokratische Gesinnung mit dem Beamteneid unvereinbar sei. Aber Ihr seid so vertrauensselig (Heiterkeit und Zustimm.), seit Ihr so intim mit den hohen Herren seid, seit Ihr Hausfreunde bei den Ministern geworden seid, seit Ihr der Frau Minister die Hände küßt (Heiterkeit), seitdem seht Ihr den Himmel voller Baßgeigen. (Heiterkeit.) Auch dem Polizeistaat habt Ihr jetzt den Etat bewilligt. Habt Ihr denn vergessen, wie vor zwei Jahren bei den großen Arbeiterkämpfen in Nürnberg die Polizei auf das brutalste einschritt. Glaubt Ihr denn, daß im nächsten Falle das nicht wieder geschieht. (Sehr wahr!) Die Zustimmung wird jetzt verteidigt durch die Berufung auf die Lübecker Resolution, die man so interpretiert, daß jede Bindung aufhört. Ist das aber einmal anerkannt, so werden wir alle Jahre diese Debatten abhalten und ich habe an diesen drei Malen mehr als genug. (Heiterkeit und Zustimmung). Aber was ist denn der heutige Staat? Er ist zu nichts anderem da als die bürgerliche Gesellschaft und das bürgerliche Eigentum zu schützen und die bürgerliche Produktion sicherzustellen. Der Staat ist also der Schirmherr des Rechtes auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Schirmherr der Lohnsklaverei. (Lebh. Zustimmung.) Sollen wir da die kleinen Sozialreformen in den Vordergrund stellen oder unser großes Endziel? (Sehr gut!) Weiter sagt man, die Rücksicht auf die Wähler mache die Zustimmung zum Etat notwendig. Aber bei den letzten Reichstagswahlen hat, wie Kolb mit Recht gerühmt hat, „das revisionistisch verseuchte Baden" am besten abgeschnitten, und das in den Zeiten der Budgetverweigerung. Den Vorurteilen der Masse Rechnung zu tragen, das allerdings geht gegen unsere Grundsätze. (Sehr wahr!) Nun hat aber die herzlich unbedeutende Budgetbewilligungsfrage (Bewegung) die Massen in keiner Weise erregt. Jedenfalls nicht so, daß sie sich uns deshalb nicht angeschlossen hätten. Wir alle sind ja aus Saulusse Paulusse geworden. Auch ich war ja vor 45 Jahren einer der grimmigsten Gegner der Sozialdemokratie, und wahrlich doch auch damals kein dummer Kerl. (Hthk.) Es gibt im ganzen Deutschen Reiche keinen Arbeiter, der auf die Dauer unseren Gründen widerstehen könnte. (Lebh. Zustimmung.) Nur dürfen wir, um ihn zu gewinnen, nicht am Boden kriechen, nicht heruntersteigen zur Masse, sondern sie zu uns emporheben für uns zu begeistern. Dann werden wir unrettbar sicher siegen, ohne unsere eigenen Prinzipien zu erschüttern durch Vertrauensvoten für den kapitalistischen Staat. (Lebh. Beifall.) Und auch wir im Reichstag haben ohnedies praktische Fortschritte für die arbeitenden Klassen erzielt. Wir im Norden haben auch genug rückständige Gegenden, Mecklenburg, Posen, Pommern (Zuruf: Berlin! — Hthk.) Ach das ist ja nur ein schlechter Witz. Aber auf diese rückständigen Gegenden braucht man nicht diese Rücksicht zu nehmen. Dem zurückgebliebensten Arbeiter wird man die Prinzipien des Klassenkampfes am leichtesten klar machen, wenn man sie in schärfster Reinheit darstellt. Und deshalb kann ich sie nur dringend bitten, die Resolution vom Parteivorstand und Kontrollkommission mit möglichst großer Mehrheit anzunehmen. (Lebh. Beifall.)

In der Diskussion erhält zunächst mit unbeschränkter Redezeit das Wort

T i m m - München (Zuruf: Der Berliner Bayer): Wie, ohne uns zu hören, die Parteipresse uns vorzeitig verurteilt hat, so bitte ich auch diesen Zwischenruf solange zurückzuhalten, bis Sie gehört haben, was ich namens meiner Parteifreunde und namens der bayerischen Genossen zu sagen habe. Nüchterner, leidenschaftsloser Betrachtung wird unser Vorgehen selbstverständlich erscheinen, und es tut mir leid, daß wir uns nicht mit den großen drängenden wichtigen Problemen der Gegenwartspolitik, sondern mit solchen Selbstverständlichkeiten abgeben. Der Wert der Auseinandersetzungen über die Budgetbewilligung steht ja in umgekehrtem Verhältnis zu der Zeit, die wir darauf verwenden. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Man hat behauptet, die bayerischen Genossen seien in ihrer Zustimmung durch die Lübecker Resolution nicht gedeckt. Das könnte eine Streitfrage sein. Aber mußte deswegen der „Vorwärts" in einer Weise die Leidenschaften gegen uns aufstacheln, die man nur als unerhört bezeichnen kann. (Lebh. Zustimmung bei den Süddeutschen.) Eine so eigentümliche Kampfmethode haben wir früher nicht gekannt. (Lachen.) Schon seit einiger Zeit versuchen unverantwortliche Personen, die Gewerkschaftsführer von den Massen loszulösen. Auch jetzt konnte man sich nicht genug tun in der zügellosen Aufstachelung der Masse gegen die parlamentarischen Vertreter. Ich klage den Parteivorstand an, daß er nicht rechtzeitig eingegriffen hat. (Sehr wahr!) Ehe Schaden eintritt, sollte der Parteivorstand seine Erklärungen an die Parteipresse erlassen. (Zuruf: Schweigegebot!) Er mußte einschreiten auch gegen die hetzenden Parteiorgane, nicht nur gegen Leute, gegen die er glaubt, den Mut hernehmen zu können. (Große Unruhe.) Wir verlangen, daß er dem System der gebundenen Mandate entgegengetreten wäre, das unvereinbar ist mit jeder Demokratie. Wir wollen aus dem Parteitag keine Aktion von Terroristen machen (Lachen), sondern eine Zusammenkunft von Parteigenossen, die sich noch durch sächliche Gründe gegenseitig überzeugen. (Lebh. Beifall b. d. Süddeutschen.) Unsere Konferenzen gingen aus von dem Wunsche, der preußischen Wahlrechtsbewegung zu Hilfe zu kommen. War das wirklich partikularistisch oder engen Sinnes. In Gegenwart Pfannkuchs haben wir dann schon auf der Würzburger Konferenz bereits die Frage der Budgetbewilligung freundlich und freundschaftlich besprochen. Auch jetzt wollen wir ja möglichst den Konflikt nicht verschärfen, sondern uns nach Möglichkeit zusammenfinden. (Zuruf: So steht's nicht aus!) Der Parteivorstand war also rechtzeitig unterrichtet und konnte längst eingreifen. Ich stelle weiter fest, daß die treibenden Elemente der Budgetbewilligung nicht die Akademiker sondern die Arbeiter waren. (Hört! hört!) Die Gründe der Zustimmung darzulegen, fällt mir schwer, denn ich mag Bayern nicht loben. Aber ich muß nun feststellen, daß wir die bürgerlichen Parteien weit vorangetrieben in der Sozialpolitik. Die Aufbesserung der Arbeiter und Beamten in Bayern geht weit über das hinaus, was die Verteurung der Lebensmittel notwendig machte. Redner gibt darüber einzelne Zahlen, die von den süddeutschen Genossen mit vielfachem Hört, hört! aufgenommen werden. Diese Fortschritte muß doch jeder anerkennen. Aber leider haben viele unserer Theoretiker nur sehr wenig Fühlung mit der Praxis. Sie waren schon, ehe sie uns hörten, mit ihrem Urteil fertig. Und doch bitte ich Sie alle, Parteigenossen, dringend, die Frage noch einmal unbefangen und sorgfältig zu prüfen und wäre es auch nur deshalb, weil die bayrischen Parteigenossen hinter uns stehen trotz aller Treibereien. (Lebh. Beifall und Widerspruch.) Das Lübecker Kompromiß wurde auf der Grundlage geschlossen, daß die Fraktionen selbst entscheiden sollten, ob besondere Gründe sie zwingen, dem Etat zuzustimmen. (Leb. Widerspruch.) Eine andere Deutung der Resolution ist ganz unmöglich und wäre für uns unannehmbar gewesen. Auch in Zukunft werden die Fraktionen sich ihre Freiheit vollkommen wahren. (Beifall bei den Süddeutschen.) Und weil wir von unserer Freiheit Gebrauch gemacht haben, wie hat uns da das offizielle verantwortliche Zentralorgan beschimpft: „Disziplinbruch", „parlamentarischer Kretinismus" (Pfuirufe und Heiterkeit.), „Partikularisten", „parlamentarische Schacherer". Man hat uns vorgeworfen, daß wir uns nicht wie Vertreter des Proletariats benommen hätten, sondern wie Mitglieder einer höfischen Fronde. (Pfuirufe.) Über die „Leipz. Volksztg." will ich gar nicht erst reden. Wäre ich Geschäftsführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, ich würde im stillen wünschen, daß diese Leute der Parteipresse noch lange erhalten bleiben (lebhafter Beifall), weil der Reichsverband sich bessere Leute nicht wünschen kann. (Zurufe: Leute?) Noch aber gibt es Parteigesetze, die für den Verkehr unter Parteigenossen gelten. Noch 1906 hat der Parteivorstand uns ermahnt, den Wahlkampf gegen die Gegner sachlich zu führen. (Zuruf: Gegen die Gegner!) Ja, innerhalb der Partei scheint jetzt jeder Bubenstreich erlaubt, weil wir ja die Partei der Brüderlichkeit sind. (Hthk. und Beifall b. d. Süddeutschen.) Wenn diese ewigen Parteizänkereien mit schuld sind an der großen Wahlniederlage bei den letzten Reichstagswahlen, so hat der Parteivorstand die Pflicht, gegen die Preßtreibereien einzugreifen. Die Parteigenossen, die in verantwortlicher Stellung sind, haben einen Anspruch darauf, sachlich beurteilt zu werden. Das sollten doch auch die theoretisch gebildeten Genossen beachten. (Zuruf bei den Süddeutschen: Ach wo!) Die sozialpolitischen Fortschritte, die wir gemacht haben, sind immerhin beträchtlich. Um die Ausnutzung der elektrischen Kraft hat sich Adolf Müller hochverdient gemacht. (Zuruf: Prinz Ludwig von Bayern!) Überhaupt wären wir ja eine traurige Kulturpartei, wenn wir nicht schon im gegenwärtigen Klassenstaat auf die Verhältnisse einwirkten. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Vieles, was in Deutschland besteht, entspringt allein dem kulturellen Einfluß der Sozialdemokratie. (Sehr wahr!) Man hat gegen uns ausgespielt, wir hätten sogar den Militäretat angenommen. Ich stelle fest, daß wir geschlossen g e g e n den Militäretat gestimmt haben. (Sehr wahr!) Wenn aber der „Vorwärts" uns erst aus dieser angeblichen Zustimmung den Strick gedreht hat, und nach der Richtigstellung sie für ganz belanglos erklärte, so ist das einfach lächerlich oberflächlich. Wissen denn viele Genossen überhaupt, was ein Budget ist? (Gr. anhalt. Heiterkeit.) Ich habe es seinerzeit nicht gewußt, als ich es verurteilte. (Oho!-Rufe. Zuruf: Du warst ja auch Berliner! — Heiterkeit.) Redner gibt dann eine genaue Inhaltsangabe des Budgets. Unter den abgelehnten Posten sind auch die Zivilliste und das Gehalt des Scharfrichters — dieses, weil wir grundsätzliche Gegner der Todesstrafe sind. (Zuruf: Aber nur für Parteigegner. — Heiterkeit.) Unter den bewilligten Etats, die elf Zwölftel der ganzen Etats ausmachen, sind das Hofbräuhaus (Heiterkeit) und der Kultusetat, weil die bayerischen Genossen Schulen und Universitäten nicht ablehnen mochten. Auch Kautsky habe ja die Grundlagen seiner theoretischen Bildung auf den Universitäten des Klassenstaates bekommen. Wenn freilich alle Akademiker nur so in grauer Theorie machten wie Kautsky, könnte man im Interesse des Proletariats allerdings erwägen, sie zu schließen. (Gr. Heiterkeit.) Ich hoffe, fährt der Redner fort, daß nach der Übersicht, die ich Ihnen über den Etat gegeben habe, er anders aussieht, als Sie gedacht haben. (Widerspruch.) Gewiß, vieles was wir in Bayern erreicht haben — ich erinnere an den Fall Roßhäupter —, ist selbstverständlich, aber nicht anderswo in Deutschland. Jetzt werden wir in Ludwigshafen den Bürgermeisteradjunkten und einen Lehrer zu Abgeordneten wählen. Auch diese Beamten kommen dann als Vertreter des revolutionären, klassenbewußten Proletariats ins Parlament. Wir sind in Deutschland noch so unfrei, daß wir mit aller Verve und aller Schärfe für die Entwickelung der politischen Freiheiten kämpfen sollten. (Lebhafter Beifall.) Gewiß sind wir noch weit zurück hinter dem, was wir erreichen wollen; aber wir haben, gestützt auf die Wucht der sozialdemokratischen Bewegung, die neue Ministergarnitur in Bayern doch gezwungen, eine andere Richtung einzuschlagen. Das bedingt auch für uns eine andere Stellung, genau so wie unsere Reichstagsfraktion zu Berlepsch und Posadowsky sich freundlicher stellte als zu anderen Ministern. Wir dürfen uns nicht durch die Zwirnsfäden der Formalitäten hindern lassen, überall neue Anhänger zu suchen. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Der Fortschritt der Parteibewegung und das Interesse der Arbeiter müssen für unsere Haltung ausschlaggebend sein. (Beifall.) Die Lübecker Resolution ist ja nicht nur von Bebel interpretiert worden. Auch der Gothaer Joos hat sie in Lübeck erläutert, und zwar dahin, daß für unsere Zustimmung zum Etat das Maß der erreichten Zugeständnisse maßgebend sei (hört! hört!). In Konsequenz dieser Auffassung haben schon im Jahre nach Lübeck die Gothaer Genossen f ü r den Etat gestimmt, und niemand hat sich darüber aufgeregt. So werden bei uns Unterschiede gemacht. (Sehr wahr! und hört! hört! bei den Süddeutschen.) W i r werden aufs strengste verurteilt, aber den Sachsen krümmt niemand ein Haar. (Sehr gut!) Sachsen ist ja überhaupt ein heikler Punkt. Ich will darüber lieber nicht reden. (Große Heiterkeit.) Gen. Geyer hat ja erklärt, die Sachsen hätten weder aus taktischen noch aus prinzipiellen Erwägungen für den Etat gestimmt. (Große Heiterkeit. David ruft: Aus Schlamperei!) Bebel hat in Breslau treffende Worte gesprochen über die, die im entscheidenden Moment nie wissen, was sie tun sollen. (Heiterkeit.) Die Sachsen wissen nicht, wie sie gestimmt haben, aber daß wir, weil wir wissen, wie wir gestimmt haben, ausgeschlossen werden müssen, das wissen sie ganz genau. (Heiterkeit und Beifall bei den Süddeutschen.) Auch Württemberg hat gesündigt und Gnade gefunden vor dem Herrn. Wir aber in Bayern haben mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wir haben die Tausende christlich organisierter Arbeiter, die Verbände der Staatsbeamten, die unsere Haltung im Parlament kontrollieren, da durften wir den Zentrumsagitatoren kein neues Material liefern, da hätten unsere Genossen die Ablehnung des Etats nicht verstanden. (Beifall und Widerspruch.) Bebel hat gefragt, was wir voranstellten, kleine Reformen oder das Endziel. Wir wollen durch eine durchgreifende Sozialreform zum Ziel gelangen. (Beifall bei den Süddeutschen.) Schon in Halle hat Bebel gesagt, wir hätten das Vertrauen der Arbeiter nicht weil wir auf das Wolkenkuckucksheim des Zukunftsstaates vertrösteten, sondern weil wir im Gegenwartsstaat möglichst viel für die Arbeiter praktisch herausschlügen. (Sehr gut!) Noch heute besitzt — wieder nach Bebel — der kapitalistische Staat Widerstandsfähigkeit genug, sich für einige Zeit aufrecht zu erhalten. (Sehr wahr!) Darum müssen wir noch heute mit allen Mitteln praktischer Überlegung durch Sozialreform daran arbeiten, immer weitere Schichten der Arbeiter zu gewinnen. (Beifall bei den Süddeutschen.) Wir müssen praktisch für sie arbeiten und sie nicht auf den Zukunftsstaat verweisen, von dem wir nicht wissen, wann er kommt. (Sehr gut!) Auf diesem Standpunkt müssen wir bleiben, wenn wir eine große Partei sein wollen. (Sehr gut! — David ruft: Sonst werden wir eine Sekte!) Durch Sozialreform und Gewinnung der Massen zum Endziel, das ist unser Weg. Aber kann dann einer aufstehen und behaupten, daß wir nicht bei jeder Gelegenheit unseren sozialistischen Standpunkt vertreten hätten? (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Wir sind stets zielklare Sozialdemokraten geblieben und haben auch durch Annahme des Budgets den Klassenkampf nicht verleugnet. Wenn Kautsky das behauptet, so muß er konsequent zum Anarcho-Sozialismus kommen. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Denn dann ist schon der Eintritt in das Parlament die Anerkennung des Klassenstaates. Dann müssen wir konsequent und offen den ganzen Parlamentarismus verwerfen. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Diese ganze Anschauung ist ein Rückfall in die „Jungen"-Bewegung (Sehr wahr!) Auch das ist nicht wahr, daß wir dem Klassenstaat keine Mittel bewilligen dürften. Die Reichstagsfraktion

hat für Kulturzwecke der Regierung durch Bebel und Singer direkte Steuern sogar angetragen. Auch hier stimmt Kautskys Theorie mit der Praxis garnicht überein. Als Vertreter des arbeitenden Volks im Parlament dürfen wir das Recht beanspruchen, nach bestem Willen und Können seine Interessen zu wahren. Wir wollen in der Fraktion dem Volke als selbständige Männer dienen und uns durch keine Direktive die notwendige Freiheit nehmen lassen. (Bravo! bei den Süddeutschen.) Entweder eine selbständige Vertretung oder gar keine! Damit entziehen wir uns nicht der Kritik und der Kontrolle der Wähler und der Parteiinstanzen. Aber wenn diese ausgeübt wird, darf die Erschütterung nicht in der Weise geschehen, wie es das verantwortliche Parteiorgan in den letzten Wochen getrieben hat. (Sehr wahr!) Jede Direktive, die unsere verantwortliche Stellung im Parlament einschränkt, gleichviel in welcher Form, ist für uns unannehmbar. (Lebh. Beifall bei den Süddeutsch.) Persönliche Verständigung mit den alten Parteifreunden, loyale Auseinandersetzung, aber keine Herrscher und keine Beherrschten, keine Überwachung von irgendwem. Dagegen müßten wir uns aus demokratischen Gründen aufs äußerste wehren. (Stürm. Beifall b. d. Süddeutsch.) So hat schon 1901 die badische Fraktion in Lübeck durch Dreesbach erklären lassen und Geck hat es mitunterzeichnet. (Heiterkeit.) Genau auf dem gleichen Standpunkt stehen wir noch heute. Sie wissen, daß ich meine Meinung in dieser Frage geändert habe. (Lachen.) Aber das hat auch Auer getan, der auch in Frankfurt die Budgetbewilligung noch scharf verurteilte, und das ist, wenn man die alte Anschauung gegenüber den neuen Verhältnissen nicht aufrecht erhalten kann, einfach eine Sache der politischen Ehrlichkeit. (Sehr wahr!) Die Resolution des Parteivorstandes aber ist jetzt unannehmbar für uns, weniger noch wegen des Mißtrauensvotums als wegen der Bindung für die Zukunft. Ob sie verbessert oder verbösert wird, sie ist für uns unannehmbar. Das einzige, wozu wir uns verpflichten können, ist, daß wir die Lübecker Resolution loyal bestehen lassen. (Lebh. Beifall b. d. Süddeutsch. Lachen b. d. Mehrheit.) Parteigenossen! Mit der ewigen Resolutionsmacherei und dem Standpunkt der Unterwerfung werden ja nur immer neue Schwierigkeiten hervorgerufen. (Sehr wahr!) In die flüchtigen Kompromißresolutionen kann jeder hineinlesen, was er will. (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Fassen Sie doch die Frage endlich einmal anders an, kommen Sie zurück auf das Vertrauen. (Sehr gut!) Das Vertrauen zu den Parteigenossen ist ein viel wichtigerer Faktor als alle Resolutionen. (Stürmischer Beifall.) Haben wir doch Respekt voreinander und achten uns als gleichberechtigt! Fassen wir doch die Fragen nicht vom Standpunkte des Herrschens auf! Der fortwährende Parteikrach in der verbissensten Form bricht sofort wieder aus, wenn es irgend einem Unverantwortlichen gefällt, die Brandfackel zu entzünden. Dabei hat uns schon Liebknecht gelehrt, daß wir revolutionär nicht in unseren Mitteln, sondern nur im Endziel sind! (Sehr wahr!) Die Gewalt ist seit Jahrtausenden ein reaktionärer Faktor. Unsern scheinradikalen Formalismus (stürm. Zustimmung bei den Süddeutschen) aber haben wir — mit dem Freihandel — dem Programme des Liberalismus entnommen. Die Budgetbewilligung ist eine rein taktische Frage, die man am besten den Landesorganisationen überläßt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich bin kein Partikularist. Ich bewundere die Berliner Genossen als Muster der Opferwilligkeit. Aber immer gefällt mir die Berliner Taktik auch nicht. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Ich hätte vielfach andere Aktionen im Interesse unserer Freiheitsideen gewünscht, aber ich maße mir kein endgültiges Urteil an und niemand von uns hat die Berliner kritisiert. Aber da sollten auch Sie uns nicht tadeln, sondern uns Preußen als Muster politischen Fortschritts vorhalten. (Lebh. Beifall bei den Süddeutschen.) Nur die politischen Fortschritte des Südens machen den Staatsstreich in Deutschland unmöglich. (Sehr wahr!) Ohne Süddeutschland würde die Brutalität der preußischen Junker viel weiter gehen. Hat doch Bebel selbst im Reichstage gesagt, daß Preußen das Unglück für Deutschland sei und wir ohne Preußen der vorgeschrittenste Staat der Welt wären. (Große Heiterkeit und Beifall.) Auch in unserm Wahlrechtskampf erwuchsen uns die größten Schwierigkeiten aus dem Widerstand der norddeutschen Genossen, die unsere Taktik nicht verstanden und den Liberalismus unnötig unterstützten. Wir wollen uns nicht wieder unsere politische Situation beeinträchtigen lassen. (Lebh. Beifall bei den Süddeutschen.) Die Erfolge in Süddeutschland zeigen doch, daß auch wir marschieren und etwas vom Klassenkampf verstehen. Diese Erwägungen sollten Sie doch zu der Erwägung veranlassen, uns keine Resolution aufzuzwingen, die für uns unannehmbar ist. Hier gibt es keine Unterwerfung, sondern nur entschiedensten Widerstand. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Wir hoffen, daß Sie es nicht zum äußersten werden kommen lassen. (Zuruf: Sie provozieren!) Unsere Aufklärung hat Ihnen eine andere Kenntnis von den Dingen gegeben, als Sie bisher erhalten haben. (Widerspruch.) Zeigen sie sich in diesem Augenblick, wo es sich um die fernere Geschlossenheit der Gesamtpartei handelt, nicht schwach! Stützen Sie sich nicht darauf, daß sie gebunden sind! (Zuruf: Sind wir ja gar nicht!) Haben Sie den Mut aus reiflicher Überlegung eine andere Überlegung, eine andere Überzeugung zu gewinnen und vor Ihren Genossen zu vertreten. Wenn Sie der Partei einen Dienst leisten wollen, so machen sie den durch den mutwillig heraufbeschworenen Parteistreit (Zustimmung und stürmischer Widerspruch) durch den mutwillig heraufbeschworenen Parteistreit (Stürm. langanh. Beifall der Süddtsch.) begangenen Fehler wieder gut und setzen Sie die Partei keiner Kraftprobe aus. (Stürm. Beifall.) Vertrauen Sie uns, daß wir das Beste der Partei im Auge haben und bei jeder einzelnen praktischen Maßnahme aus der Kenntnis der Verhältnisse heraus die Entscheidung treffen werden, die unserer großen gemeinsamen Sache dient. (Lebh. Beifall. Zischen. Stürmischer mehrfach wiederholter Beifall. Die Galerien bringen Hochrufe auf Timm aus.)

Die Weiterberatung wird auf nachmittags vertagt.

Auf den für Donnerstag geplanten Ausflug wird allerseits verzichtet.

* * *

Inzwischen ist folgender von Frohme und 22 Genossen gestellter Antrag eingegangen:

„Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolution des Lübecker Parteitags. Er beschließt, um Streitigkeiten über eine eventuell aus zwingenden Gründen notwendig erscheinende Zustimmung zu einem Budget zu vermeiden, daß sich die Fraktionen in den Einzellandtagen zunächst darüber mit ihren Landesvorständen und dem Parteivorstand zu verständigen haben."

Außerdem ein Antrag Schöpflin-Leipzig und 19 Genossen, den letzten Absatz der Lübecker Resolution zu streichen.

Erfahrungen beim Bau von Luftschiffen.

Auf der 49. Hauptversammlung des „Vereins Deutscher Ingenieure", die Ende Juni in Dresden stattfand, sprach, wie wir seinerzeit berichtet haben, der Graf Zeppelin über seine Erfahrungen, die er im Laufe der Zeit im Bau von Luftschiffen gemacht hat. Seine Ausführungen sind jetzt in der „Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure" erschienen, so daß es möglich ist, die das allgemeine Publikum interessierenden Mitteilungen über dieses jetzt außerordentlich populäre Thema wiederzugeben.

Als Zeppelin begann, sich mit dem Problem zu beschäftigen, hatte er sich mit einer ganzen Reihe irriger Anschauungen abzufinden, die verbreitet waren und sich erhielten, da es ja an Erfahrungen auf diesem Gebiete so gut wie ganz mangelte. Ein erster solcher Irrtum war die Annahme, daß der Widerstand einer bewegten Fläche im Winde mit der Flächengröße wachse. Eine Menge Beobachtungen aber widersprechen dem, so die Beobachtungen beim Bau der großen Firth of Forthbrücke in Schottland und die Versuche von Professor Hergesell mit Ballons in der Halle der Luftschiffertruppe in Berlin. Diese Erkenntnis ist naturgemäß von einiger Bedeutung für die Luftschiffahrt, die es unternommen hat, Körper von gewaltigen Dimensionen und Querschnitten durch die Luft zu treiben. Die Erwägung, daß die Geschwindigkeit der Seeschiffe von der Geschwindigkeit des Wogenganges wenig abweicht, während das schnellste Luftschiff über 20mal langsamer ist als die durch seinen Stoß erweckten Luftwellen, brachte Zeppelin zu der Überzeugung, daß sich die Bewegungsgesetze der Wasserschiffe nicht unmittelbar auf Luftschiffe übertragen lassen, und daß z. B. einem Verjüngen des Rumpfes von einem Hauptspant nach hinten bei den Luftschiffen nicht die ähnlich große Bedeutung für die Fahrgeschwindigkeit zukomme, wie bei den Wasserfahrzeugen. Parseval hat sein neuestes Luftschiff allerdings nach hinten stark verjüngt gebaut, wesentlich um große Stabilität und Lenkbarkeit zu erzielen, vielleicht auch, weil er sich Vorteile für die Geschwindigkeit verspricht. Man sieht, auf diesem Gebiete sind die Anschauungen noch nicht sehr geklärt. Zeppelins Meinung führt zu der Form des Zylinders von kleinem Querschnitt mit der bekannten besonders geformten Spitze, um möglichst kleinen Stirnwiderstand zu bekommen. Der Zylinder kann nicht über ein gewisses Maß verlängert werden, weil sonst die Zunahme des Baugewichts den Gewinn an Auftrieb in dem größer gewordenen Gasraum überwiegt.

Der Hauptwert des starren Baues liegt nach Zeppelins Meinung darin, daß die äußere Gestalt des Luftschiffes gewährleistet wird, die für die Steuerfähigkeit und die Sicherheit unentbehrlich ist. Dabei ist Leichtigkeit ein Haupterfordernis. Das scheint einer anderen Anforderung, der Festigkeit, zu widersprechen; wenn aber die Schiffe sich in der Luft befinden, dann genügt die Festigkeit in jedem Falle. Erst beim und nach dem Landen treten ernstliche Beanspruchungen des ganzen Körpers ein. Diese Beanspruchungen werden jedoch von einer festeren Konstruktion auch nicht viel sicherer aufgenommen, so daß man daraufhin allein die Konstruktion nicht bemessen kann. Denn ebensowenig wie man Seeschiffe durch noch so stabilen Bau gegen Zerschellen schützen kann, ist das bei Luftschiffen der Fall. Bei ihnen tritt aber ein Vorteil zutage, der sich mit der Größe des Luftschiffes ebenfalls vergrößert, daß nämlich ein großes Luftschiff sich langsamer zu senken vermag als ein kleines, so daß die Landung sanfter erfolgen kann. Schafft man zudem ähnliche Verhältnisse beim Landen auf festem Boden, wie bei Wasserlandungen, also weiches Auftreffen durch nachgiebige Puffer, Kissen oder dergleichen, dann glaubt Zeppelin eine sichere Landung garantieren zu können.

Der Antrieb des Luftschiffes erfolgt zweckmäßig durch möglichst kleine Schrauben, die in ihrer Umlaufzeit sich möglichst derjenigen des Motors selbst nähern. Zeppelin stützt sich dabei auf Versuche, die er mit durch Luftschrauben angetriebene Wasserfahrzeuge unternommen hat. Gleiche Erfahrungen ergaben die Versuche auf den Luftschiffen selbst.

Die starre Bauart hat aber auch Nachteile gegen die unstarre; so nehmen z. B. die Gondeln jede Geschwindigkeitsveränderung während der Fahrt anders auf als der große Gaskörper, und zwar die Beschleunigung schneller, die Verminderung langsamer, was ja klar ist. In beiden Fällen zeigt das Schiff Neigung zum Aufrichten, was durch die Spitzenform noch begünstigt wird. Andererseits aber verhindert die starre Verbindung der Gondeln mit dem Hauptkörper ein überschlagen oder ein Zusteilwerden des Schiffes beim Aufsteigen und bei schneller Fahrt. Trotzdem sind hier wie bei den unstarren Systemen seitliche, pfeilflossenartige Beruhigungsflächen nötig, welche die durch Geschwindigkeitsveränderungen entstehenden Längsschwankungen aufnehmen.

Als Baumaterial hat sich Aluminium als am zweckmäßigsten erwiesen. Stahl würde zu dünne Profile ergeben und wäre zu biegsam. Zudem oxidiert es leichter als Aluminium. Nur in Maschinen und dort, wo starke Zugbeanspruchungen auftreten, also für Seile und Drähte, wird Stahl verwendet. Die Gashüllen bestehen aus gleichlaufendem doppelten Baumwollstoff und mehreren Gummischichten, die besser dichten als eine dickere Schicht, weil es kaum vorkommen kann, daß undichtere Stellen aufeinander treffen. Das Gewicht des Stoffes beträgt 230 Gramm pro Quadratmeter. Die Prüfung des Stoffes nach seiner Verwendung bei den Aufstiegen ergab einen Gasverlust, welcher einen Verlust an Auftrieb von nur 3 Gramm pro Quadratmeter in 24 Stunden bedingte. Bei ungefähr 7500 Quadratmeter Stoff für das ganze Luftschiff beträgt der Verlust an Auftrieb in 24 Stunden rechnerisch daher nur 22 Kilogramm. In Wirklichkeit stellt er sich wegen der Erschütterungen bei den Fahrten, die das Gas gewissermaßen durch die Fäden des Stoffes hindurchsieben, jedoch höher. Wäre dieser Verlust aber selbst zehnmal so groß, was niemals eintreten wird, so käme er noch nicht dem dritten Teile des Gewinnes gleich, der durch die Gewichtsverzehrung eines Motors an Brennstoff in dieser Zeit eintritt. Das Luftschiff kann also durch den Auftriebsverlust nicht zu einer Einschränkung der Fahrtdauer gezwungen werden. Würde Zeppelins Schiff statt mit dem benützten Stoffe mit der besonders dichten Seide des neuen französischen Militärballons „Republique" bekleidet werden, so würde ein Mindergewicht von 350 bis 400 Kilogramm eintreten, das für Frachten und Personen frei würde oder die Fahrtdauer um zehn Stunden verlängern könnte.

Bei den Motoren hat sich herausgestellt, daß die schwereren Daimler-Motoren günstiger sind als die leichteren, die nur halbes Gewicht haben. Das aus zwei Gründen: 1. arbeiten sie sicherer und 2. auch sparsamer. Bei längerer Fahrtdauer sind die schweren Motoren günstiger, weil sie wegen des Minderverbrauches an Brennstoffen und Schmiermaterial mitzuführendes Gewicht ersparen.

Da nach Abstellung der Motoren das Luftschiff noch etwa eine halbe Stunde lang vorwärts treibt, so ist es nötig, die Schrauben auch rückwärts laufen lassen zu können. Eine genaue Feststellung der Geschwindigkeit, mit welcher die Motoren das Schiff zu treiben vermögen, ist sehr schwierig. So gut wie es ging, wurde ermittelt, daß Zeppelins Schiff unter Antrieb zweier Motoren eine Geschwindigkeit von 50 Kilometer, bei Benutzung nur eines derselben 40 Kilometer in der Stunde erreicht. Diese Zahlen sind aber so zu verstehen, daß das Luftschiff bei absoluter Windstille diese Schnelligkeit erreichen kann. In Wirklichkeit wird es stets dahinter zurückbleiben, weil in den Höhen, in welchen es sich bewegt, immer nicht unbeträchtliche Windgeschwindigkeiten herrschen, die oftmals sogar die Eigengeschwindigkeit des Luftschiffes überschreiten. Nach der Meinung Zeppelins wird es den halbstarren Schiffen vielleicht möglich sein, diese Geschwindigkeiten erheblich zu überbieten, jedoch immer nur bei geringer Flugdauer und Tragfähigkeit für andere Nutzlasten als Betriebsmaterial.

Die Steuerung des Ballons geschieht durch Seiten- und durch Höhensteuer. Von ihnen scheinen die letzteren für das Publikum besonders interessant, weil sie das Steigen und Fallen des Ballons beherrschen müssen. Für die beiden an Zeppelins Luftschiff vorhandenen Steuer ergibt sich bei einer Fahrgeschwindigkeit von 14 Meter in der Sekunde bei einer Flächenneigung von 15 Grad, also dem sechsten Teil eines rechten Winkels, eine Gesamthubkraft von 800 bis 900 Kilogramm, die — wie bei einem Drachen — unter Zusammenwirken mit der vorwärtstreibenden Kraft der Motoren entsteht. Damit ließe sich die Auftriebsverminderung bei dem Verlust allen Gases von mehr als einer der vielen in dem Ballon vorhandenen Zellen, z. B. durch Schußverletzung, überwinden.

Das letzte Luftschiff Zeppelins hatte mehr denn 15 000 Kubikmeter Gas, die ihm einen Auftrieb von 16 800 Kilogramm erteilten. Das Gewicht des Schiffes selbst betrug 12 000 Kilogramm, sodaß 4800 Kilogramm Auftrieb für Menschen, Betriebsmaterial und sonstige Ausrüstung verblieben. Als Besatzung sind in vollständiger Ausrüstung 12 Personen nötig, darunter allein vier Mechaniker für die Motoren. Die Steuerung kann nur von geübten Führern ausgeführt werden, deren Aufmerksamkeit in jedem Augenblick voll in Anspruch genommen wird.

An seine Ausführungen anschließend, verbreitete sich Zeppelin über Erfinderschicksale im allgemeinen. Ihm selbst sind ja bittere Erfahrungen nicht erspart geblieben; er hat nach Opferung seines bedeutenden persönlichen Vermögens mehrmals die größte Mühe gehabt, das notwendige Geld für seine weiteren Arbeiten herbeizuschaffen, und ist dem Schicksal dankbar dafür, daß er den Erfolg seiner Bestrebungen noch erleben konnte. Der „betrübende Gedanke an die große Zahl von knospenden guten Entwürfen, die wegen Mangel an Mitteln nicht zur Ausführung gelangen", beschäftigte ihn sehr und er bringt eine Prüfungsanstalt für Erfindungen in Anregung, welche die Aufgabe haben soll, Entwürfe der Prüfung berufener Ingenieure zu unterbreiten. Diese hohe Aufgabe soll aber nicht im Erdrücken der Erfinderlust bestehen, sondern im Gegenteil da, wo die Prüfer glauben, etwas Brauchbares erkannt zu haben, in Aufmunterung und eifrigem Sorgen mit Rat und Tat. Die Erreichung dieses Zieles muß auch höher stehen als die Rücksicht auf die Person des Erfinders oder auf den Geldsäckel des reichen Mannes. Sobald die berufenen Prüfer von Erfindungen „die Möglichkeit des Erfolges festgestellt haben, sollen sie nicht wegen mangelnder, doch niemals im voraus erlangbarer Gewißheit das bequemere Abraten wählen, sondern mutvoll in das Feuer blasen und stolz die Verantwortung für etwaigen Irrtum tragen."

Wir fürchten nur, daß auf diesem Wege Zeppelin nie zur Erbauung eines Luftschiffes gelangt wäre. Das ist die Gefahr solcher Anstalten, in der ja höchstwahrscheinlich leider doch nur die „Beamten" die Oberhand gewinnen würden.

Aus Nah und Fern.

Die Ursachen eines Duells. An einem Maienabend saß der Ingenieur Karl Brettschneider in einem Breslauer Café zweifelhaften Ranges und fand dort auch bald, was er suchte. Die auserwählte Schöne verließ schließlich zuerst das Lokal, während Brettschneider noch die Zeche bezahlte. Draußen kam gerade der Regierungsrat Schmeidler vorüber, der angesichts der Schönen ebenfalls sofort in Liebe erglühte. Während er mit ihr verhandelte, trat Brettschneider aus dem Lokal. Als er nun sah, was da vorging, packte er den Regierungsrat alsbald an der Schulter und schüttelte ihn recht unsanft. Dieser erhob seinen Spazierstock zum Schlage, doch wurde ihm der Stock durch den Ingenieur entrissen. Da der Regierungsrat Reserveoffizier ist und der Fall „so schwer lag", daß eine friedliche Verständigung nicht ratsam erschien, wurde er gezwungen, den Ingenieur zu fordern. Am 12. Mai standen sich die beiden in einem Gebüsch bei Breslau mit schußbereiten Pistolen gegenüber. Jeder knallte einmal in die Luft, während beim zweiten Kugelwechsel auf beiden Seiten der Schuß versagte und die Kugel im Laufe stecken blieb. Damit hatten sie gegenseitig ihre Ehre wieder reingewaschen. Die Breslauer Strafkammer hat jetzt den Ingenieur wegen Zweikampfes zu 3 Monaten Festung verurteilt, während gegen den Regierungsrat das Kriegsgericht verhandeln wird.

Hundetreue. In Ottensenmoor bei Altkloster starb vor 14 Tagen ein Schäfer. Bei der Beerdigung folgte auch sein Hund dem Sarge und war nicht wieder vom Kirchhof wegzubringen, alle Liebkosungen nützten nichts. Nach mehreren Tagen wurde der Hund mit Gewalt nach Hause gebracht und dort angebunden. Er riß sich aber wieder los und eilte zum Kirchhof zurück. Das Tier hat seit der Beerdigung keine Nahrung zu sich genommen, so daß es dem Verhungern nahe ist.

Ein entsetzliches Ende. In Prag ist im Kinderspital nach unbeschreiblichen Schmerzen die 9 Jahre alte Josephine Podstranecky, die Tochter eines Kanzleidieners, an Tollwut gestorben. Die Krankheit war bei dem Kinde in so beängstigendem Maße aufgetreten, daß es geradezu lebensgefährlich war, der kleinen Patientin in die Nähe zu kommen. Den Keim zu der entsetzlichen Krankheit hat sich Josephine Podstranecky bei einem Ausflug geholt, den sie vor etwa 6 Wochen mit ihren Eltern nach Zbirow unternommen. Dort war das Kind von einem kleinen Hunde in die Hand gebissen worden, der dann fortlief und von dem jedenfalls niemand wußte, daß er an Tollwut leide. Am wenigsten die Eltern der Kleinen. Die geringfügige Wunde heilte bald und es waren auch sonst an dem Kinde nicht die geringsten Merkmale davon zu bemerken, von welch schrecklicher Krankheit es infiziert worden sei. Erst in der Nacht auf Donnerstag machten sich die ersten Kennzeichen bemerkbar und der besorgte Vater eilte sogleich zum Arzte, der die augenblickliche Überführung der kleinen Josephine in das Kinderspital anordnete. Aber es war doch schon zu spät. Im Laufe des Donnerstag brach die Wutkrankheit mit solch außergewöhnlicher Heftigkeit aus und äußerte sich in derart bedrohlicher Weise, daß man das unglückliche Kind an das Krankenbett festbinden mußte, weil es alles zu kratzen und beißen versuchte, was ihm in die Nähe kam. Es kostete große Mühe, bevor man es zu überwältigen vermochte. Zwei Ärzte, zwei eigens aus dem Allgemeinen Krankenhaus geholte Diener und vier handfeste Pflegerinnen beteiligten sich an dieser Arbeit, und doch gelang es ihnen nur mit Aufwand aller ihrer Kräfte, das sich wehrende, mit Händen und Füßen wütend um sich schlagende Kind zu fassen und dann auf sein Lager zu binden. Erst am Nachmittag endeten die furchtbaren Qualen, deren Anblick selbst dem in dieser Hinsicht abgehärteten Spitalpersonal das Herz erstarren machte. Von einem heftigen Krampf überfallen, hauchte das Kind sein junges Leben aus.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.